



**KLIMAWANDEL
UNTERWESER**
informieren · erkennen · handeln

SCB

WERKSTATTBERICHTE

Nr. 2 | November 2007

Guido Nischwitz

Relevanz der Klimapolitik in Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen in Deutschland



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bremer Energie-Konsens



Der Senator für
Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Herausgeber:
Sustainability Center Bremen
Jakobstraße 20
28195 Bremen

info@klimawandel-unterweser.de
www.klimawandel-unterweser.de
Telefon 0421/23 00 11 0 Fax 0421/23 00 11 18

klimazwei 
Risiken mindern · Chancen nutzen

Expertise
(im BMBF-geförderten Vorhaben „Klimawandel Unterweser“)

Relevanz der Klimapolitik in Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen in Deutschland

Dr. Guido Nischwitz

unter Mitarbeit von
Anna Lason
Stephan Jung

Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW), Universität Bremen, 05. Oktober 2007

Universitätsallee 21-23
D-28359 Bremen

gnischwitz@iaw.uni-bremen.de

Tel: 0421 – 218 – 7802

Fax: 0421 – 218 – 2680

www.iaw.uni-bremen.de

Inhalt

	Seite
1	Einführung..... 3
1.1	Ausgangslage – Problem und Aufgabenstellung 3
1.2	Arbeitsschwerpunkte 6
2	Vorgehensweise 7
2.1	Kurz-Auswertung aktueller wissenschaftlicher Grundlagen 7
2.2	Recherche der lokal-regionalen Aktivitäten in Deutschland 7
2.3	Kriterienraster /-Filter 8
3	Gesamtübersicht von Aktivitäten zum Klimaschutz 10
3.1	Netzwerke 10
3.2	Wettbewerbe 12
3.3	Staatliche Förderprogramme und Modellvorhaben 14
3.4	Datenbanken 17
3.5	Wissenschaftliche Studien 17
4	Detailuntersuchungen 18
4.1	Deutschland 18
4.2	Region Unterweser 21
4.2.1	Teilnahme an Netzwerken und Wettbewerben 21
4.2.2	Aktivitäten im ländlichen Raum 22
4.2.3	Aktivitäten der Metropolregion Bremen-Oldenburg 24
4.2.4	Fazit 25
5	Good-practice lokal-regionaler Klimapolitik 26
5.1	Einführung 26
5.2	Großstadt / Metropole und Metropolregion Hamburg 26
5.3	Metropolregionen 30
5.3.1	MPR Hannover-Braunschweig-Göttingen 33
5.3.2	MPR Rhein-Neckar 36
5.4	Ländliche Räume 38
5.4.1	Zentrum Innovative Energie im Landkreis Fürstentum 38
5.4.2	Region Wendland / Elbetal 39
5.5	Großgemeinde Wettenberg 43
5.4	Exkurs – Regionales Bürgerbeteiligungsmodell: solarcomplex 45
6	Literatur 47

Abbildung

Abb. 1:	Projektübersicht „Nachhaltige Energieregion“ Wesermünde-Nord 24
Abb. 2	Schematische Skizze der Projektvorstudie 31
Abb. 3	Wertschöpfungskreislauf Biogas im Wendland / Elbetal 40

Karten

Karte 1	Teilnehmer im DUH-Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ 18
Karte 1	Lokal-Regionale Klimapolitik – Beratungs- und Vernetzungseinrichtungen in der MPR Rhein-Neckar 34

1 Einführung

1.1 Ausgangslage - Problem- und Aufgabenstellung

Mitte 2005 bei der Formulierung des Angebots zur Erstellung der vorliegenden Expertise zur Klimapolitik auf kommunaler und regionaler Ebene lautete eine erste Einschätzung:

„Generell lässt sich aus eigenen Erfahrungen und Analysen konstatieren: Eine Thematisierung des Klimawandels und eine daraus folgende pro-aktive Klima-Politik vor Ort spielt in den Entwicklungsaktivitäten von Kommunen und Regionen nur eine untergeordnete Rolle.“

Ergänzend lässt sich hinzufügen: Nach einem gewissen Boom in den neunziger Jahren gerieten Fragen des lokalen Klimaschutzes, die eng mit den Zielen einer Reduktion von Treibhausgasen (THG) und eines effizienteren Energieeinsatzes verbunden waren, wieder in den Hintergrund lokal-regionaler Aufgabenstellungen. Im Zuge von Globalisierung und europäischer Integration wirtschaftlicher, politischer und kultureller Aktivitäten rückte verstärkt das Leitbild einer ökonomisch orientierten, sprich wettbewerbsfähigen Stadt und Region in den Mittelpunkt des gesellschaftspolitischen Arbeitsauftrages.

Jenseits der vielfältigen Anpassungsstrategien an die sich dynamisch verändernden sozioökonomischen und politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen soll lokal-regionale Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit vorrangig über Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung und Konsolidierung der Finanzhaushalte erzielt werden. Bereiche wie der Umwelt- und Naturschutz sowie die Klimapolitik wurden verstärkt den ökonomischen geprägten Entwicklungszielen untergeordnet.

Darüber hinaus offenbart ein Blick in die vorliegenden staatlichen Förderprogramme und lokal-regionalen Projektdatenbanken: Es überwiegen immer noch Programme, Projekte und Prozesse, die sich vorrangig an Einzelthemen, Funktionen und spezifischen Problemstellungen orientieren (z.B. Wirtschaftscluster, demographischer Wandel, lokal-regionale Schrumpfungsprozesse, Hochwasserschutz). Demgegenüber bilden integrierte und nachhaltige Handlungsansätze und Entwicklungsprozesse eher eine Ausnahme. Eine strategisch orientierte Zusammenführung bislang eher isoliert behandelte Politikbereiche und Aufgabenstellungen ist nur begrenzt erkennbar.

Dabei stehen Städte und Regionen, Agglomerationen und ländliche Räume als auch sich neu entfaltende großräumige Kooperationsregionen (u.a. Stadtregionen, Metropolregionen) gleichermaßen vor der Herausforderung, zur Sicherung ihrer Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit verstärkt eine proaktiv und innovativ ausgerichtete Rolle zu übernehmen. Angesichts des grundlegenden Wandels der politischen Steuerungs- und Regulierungssysteme werden sie dabei immer weniger auf die Hilfe von „außen“ setzen können. Neben den strukturellen und standortbezogenen Rahmenbedingungen (z.B. naturräumliche Ausgangslage) entscheidet v.a. die regionsspezifische Strategie-, Handlungs- und Organisationsfähigkeit, ob sie den veränderten sozioökonomischen, politischen, ökologischen und klimatischen Rahmenbedingungen und den daraus resultierenden Herausforderungen gewachsen sind.

Vor diesem Hintergrund einer kritischen Einschätzung des Stellenwerts einer lokal-regionalen Klimapolitik wurden 2005 folgende Ziele und Aufgaben für die Expertise formuliert:

- Erfassung der zentralen Ziele, Themen und Handlungsfelder in der aktuellen Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Klimapolitik;
- Identifizierung von good-practice-Ansätzen/Projekten in Städten und Regionen im Bereich Klimapolitik = übertragbare Ergebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse erfassen und für das Vorhaben aufbereiten;
- Identifizierung von gescheiterten lokal-regionalen Ansätzen zur Klimapolitik.

Zur Konkretisierung erschienen folgende Fragestellungen hilfreich:

- *Welche Rolle spielt die Klimapolitik in den erfassten Entwicklungsprozessen?*
- *Wie wird auf der kommunalen und regionalen Ebene der Klimawandel thematisiert?*
- *Wie wird mit ungesichertem Wissen umgegangen?*
- *Welche Klimaschutzziele wurden definiert?*
- *Welchen Bezug gibt es zu den im Projekt ausgewählten Handlungsfeldern (Landwirtschaft, Tourismus und Städtebau/Regionalentwicklung)?*
- *Welche Akteure/Akteurskonstellationen befördern die Klimapolitik?*
- *Wie werden Umsetzungsaktivitäten (Transfer der Ergebnisse) eingeleitet und Lerneffekte erreicht?*
- *Um welche Umsetzungsaktivitäten handelt es sich?*

Mit Beginn des Vorhabens im Frühjahr 2007 lässt sich konstatieren, dass sich inzwischen der gesellschaftliche und politische Stellenwert des Klimaschutzes und –wandels grundlegend verändert hat. Dabei dürfte es sich keineswegs um ein sog. politisches Strohfeuer handeln (Deutsche Bank Research 2007, S. 5). Im politischen und gesellschaftlichen Mehrebenensystem (Global, EU, Bund, Länder, Region/Kommunen) ist ein tiefgreifender und dauerhafter Bedeutungszuwachs der Klimapolitik zu erkennen.

Die damit verbundene Initiierung von Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung des Klimawandels (Mitigation) sowie zur Anpassung an dessen Folgen (Adaptation) ist nicht nur eine nationale und globale Aufgabe. **Insbesondere auf der lokal-regionalen Ebene in Deutschland erlebt die Klimapolitik eine dynamische Aufwertung.**

Die zu beobachtende Veränderung in der Wahrnehmung des Klimawandels und in der Einsicht zur Initiierung von Schutz- und Anpassungsmaßnahmen kann einerseits in vielen Kommunen (und nur in wenigen Regionen) auf bereits bestehende Ansätze und Strukturen zurückgreifen. Andererseits zeigen sich v.a. im regionalen Kontext Bestrebungen der Klimapolitik in Zukunft einen stärkeren Stellenwert in der strategischen Ausrichtung der regionalen Entwicklungspolitik einzuräumen. Entsprechende Aktivitäten zur Integration der Klimapolitik in die strategischen Entwicklungsziele lassen sich für viele ländliche Räume und Stadtregionen herausfiltern. In den ländlichen Räumen entdecken aktuell die Regionen die Klimapolitik für sich, die sich mit einem Regionalen Entwicklungskonzept (REK) für eine Förderung im Rahmen des LEADER-Schwerpunktes der ländlichen Entwicklungspolitik von EU und Bundesländer bewerben. Auf einer noch großräumigeren Ebene agieren die elf deutschen Metropolregionen. Immer mehr Metropolregionen nehmen explizit die Klimapolitik und damit Maßnahmen zum Schutz und zur Anpassung als eine zentrale Aufgabenstellung in ihren Ziel- und Handlungskatalog auf. Dabei befinden sich viele dieser Aktivitäten noch in der Initialphase, so dass zur Zeit nur sehr begrenzt Erfahrungen und Erkenntnisse zu konkreten Umsetzungsprozessen vorliegen.

Wie kommt es nun zu dieser im Jahr 2005 noch nicht erwarteten Dynamik und Aufwertung der Klimapolitik? Schließlich liegen seitens der Klima-Wissenschaften bereits seit etlichen Jahren umfangreiche Erkenntnisse und Szenarien zum Klimawandel und Vorschläge zu Schutzmaßnahmen vor.

Zunächst dürften die erfahrbaren Extrem-Wetterlagen und lokal-regionalen Wetterereignisse der letzten Jahre einen wichtigen Beitrag zu einer Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung und Sensibilisierung beigetragen haben: Hochwasser (2002, 2005), Dürreperioden (Sommer 2003, Frühjahr 2007); Stürme und Orkane (Kyrill Winter 2007) und Starkregen etc.

Den Diskurs im politischen Mehrebenensystem dürfte insbesondere der sog. Stern-Report maßgeblich geprägt und entscheidend beeinflusst haben. Im Auftrag der britischen Regierung hat der frühere Weltbank Ökonom Nicholas Stern einen umfassenden „*Stern Report on the Economics of Climate Change*“ Ende Oktober 2006 veröffentlicht. Erstmals wurden aus einer ökonomischen Perspektive heraus die Folgen des Klimawandels analysiert und bewertet. Dabei kam Stern zu dem Ergebnis, dass es volkswirtschaftlich gesehen weit aus kostengünstiger ist, möglichst umgehend Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an seine Folgen einzuleiten, als später die Folgen des Klimawandels anzugehen. Damit liegen erstmalig und sehr öffentlichkeitswirksam konkrete Aussagen zu

den volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels vor, die zudem von einem „ideologisch unverdächtigen“ Ökonomen mit hoher Reputation verfasst wurden.

Vor diesem Hintergrund stießen auch die Ergebnisse des zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimafragen (IPCC) auf eine erhöhte öffentliche, wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit. Der IPCC stellte die drei Teile des „*The IPCC Fourth Assessment Report (AR4)*“ im Winter und Frühjahr 2007 vor (IPCC 2007a, b, c). Dabei kommt er zum Schluss, dass der Klimawandel vorrangig auf anthropogene Aktivitäten zurückzuführen ist und sich schneller und stärker als bislang angenommen auswirken wird. Der IPCC unterstreicht seine Aussagen durch präzise Klimaprojektionen und Regionalszenarien (u.a. auch für Deutschland). Darüber hinaus machen die Bearbeiter umfangreiche Vorschläge zu Maßnahmen gegen den Klimawandel (Mitigation) (Teil III. IPCC 2007c).

Im Zuge der breiten öffentlichen und politischen Resonanz auf diese grundlegenden Veröffentlichungen gewinnt auch die Auseinandersetzung um Auswirkungen und Handlungsansätze in spezifischen Politikbereichen (z.B. Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Wasserwirtschaft) oder „*klimasensitiven Systeme und Sektoren*“ an Bedeutung (u.a. Gesundheit, Biodiversität, Wasser, Verkehr) (IPCC 2007a, b, c; UBA/ PIK 2005). Eine aktuelle Studie der Deutschen Bank Research (2007) zu Kosten und Nutzen des Klimawandels für verschiedene wirtschaftliche Branchen (u.a. Land- und Forstwirtschaft, Tourismus) unterstreicht die zunehmende Sensibilisierung in allen Bereiche der Gesellschaft (hier Finanzdienstleistern und Wirtschaft).

Die erhebliche Dynamik in der gesellschaftlichen Diskussion um den Klimawandel und in der lokal-regionalen Klimapolitik machte eine Reflexion und auch eine Anpassung und Präzisierung der Zielsetzung und Aufgabenstellung der Expertise erforderlich.

Ein Zitat von Prof. Schellnhuber vom 02. März 2007 (Spiegel-online) verdeutlicht noch einmal den zentralen Erkenntnis- und Forschungsbedarf, den die vorliegende Expertise im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten aufgreift:

„Wie die Menschen wohl auf den Klimawandel reagieren werden - dazu fehlt den Wissenschaftlern bisher schlicht die Datenbasis. Schellnhuber kritisiert, Anpassungsforschung sei bisher sträflich vernachlässigt worden. *„Wir können relativ leicht Projektionen machen, was mit Korallenriffen passiert, wenn der Ozean steigt und saurer wird“*, sagt er SPIEGEL ONLINE. *„Wenn es um Tourismus im Harz im Jahr 2050 geht, ist das eine um viele Stufen kompliziertere Angelegenheit.“*

Quelle: www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,469539,00.html; Beitrag „Deutsche Forscher kritisieren düstere Klima-Prognose“ v. Stefan Schmitt 02. März 2007.

Die Diskussion um die Ausgestaltung der Klimapolitik erfolgte auch in Deutschland bislang vorrangig entlang von Maßnahmen zum Klimaschutz (Mitigation), der in spezifische Branchen und Bereichen zu erfolgen hat. In erster Linie geht es hierbei um vielfältige Emissionsminderungsoptionen für THG.

Erst in jüngster Zeit gewinnt die Anpassungsforschung an Relevanz, die sich mit Strategien, Maßnahmen und Instrumenten beschäftigt, um den bereits unabwendbaren Folgen des Klimawandels begegnen zu können. Hierzu zählen neben der Erforschung spezifischer **Anpassungsmaßnahmen** (Adaptation: u.a. Technische Optionen, Verhaltensänderungen, betriebswirtschaftliche Entscheidungen, politische Rahmensetzung) auch Fragen zur Anpassungsfähigkeit und –kapazität der verschiedenen Bereiche. Letztendlich geht es um einen integrierten Ansatz, der sowohl Anpassungs- und Schutzmaßnahmen verknüpft und bündelt (Kress 2006).

Die vorliegende Expertise setzt zunächst auf eine umfassende Identifizierung aller klimapolitischer Maßnahmen, mit einem besonderen Fokus auf lokal-regionale Anpassungsmaßnahmen (Bestandsaufnahme). Gleichzeitig wird analysiert, inwieweit dabei integrative Ansätze innerhalb der verfolgten Klimapolitik vorliegen und ob eine Einbindung in eine gesamtstädtische und -regionalen Entwicklungspolitik erfolgt ist.

Klimapolitik ist nicht nur eine Aufgabe für die Staaten der G 8 und der EU oder für die bundesdeutsche Ebene. Im politischen Mehrebenensystem spielt die globale und staatliche Rahmensetzung (Regulierung und Steuerung durch Förderprogramme, Mindeststandards, Steuern, Gebote, Verbote, Abgaben etc.) sicherlich eine wesentliche Rolle. **Klimapolitik ist aber auch eine wesentliche kommunale und regionale Aufgabe.** Erst auf dieser Ebene wird sie für den einzelnen Bürger handhabbar und erlebbar.

Die zu beobachtenden und erwartenden Folgen und Wirkungen des Klimawandels werden allerdings auf der lokal-regionalen Ebene sehr unterschiedlich ausfallen. Die Vulnerabilität und Ausprägung des Wandels ist stark von der spezifischen Ausgangslage der Kommunen und Regionen anhängig (z.B. geographische Lage, klimatische und naturräumliche Rahmenbedingungen). Die unterschiedlichen Bereiche und Branchen werden beispielsweise an der Küste und im Alpenraum oder in städtischen Metropolen und ländlichen Räumen sehr differenzierten Auswirkungen und Anpassungserfordernissen unterliegen (vgl. UBA/ PIK 2005). Gleichzeitig verfügen Kommunen und Regionen aufgrund ihrer sozioökonomischen Ausgangssituationen (z.B. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Ausstattung mit Humankapital und regionaler Kooperations- und Governance-Kultur) über sehr differenzierte Fähigkeiten und Potenziale, um auf die Anforderungen des Klimawandels zu reagieren. Dabei kommt sicherlich den lokal-regionalen Gebietskörperschaften eine bedeutende Rolle zu, die sie in ihren verschiedenen Funktionen als Verbraucher und Vorbild, Regulierer und Planer, Versorger und Anbieter sowie als Berater und Promotoren ausüben können. Von besonderer Relevanz ist aber die Beteiligung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft, um auf Grundlage eines breiten lokal-regionalen Verständnisses Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen initiieren und umsetzen zu können.

Die vorliegende Expertise konzentriert sich daher auf die Erfassung und Analyse von klimapolitischen Ansätzen auf der lokal-regionalen Ebene, um hieraus übertragbare Beispiele insbesondere für die eigene Untersuchungsregion (Region Unterweser) herausfiltern zu können. Neben einer Gesamtübersicht der aktuellen klimapolitischen Ansätze und Umsetzungsaktivitäten in Deutschland steht die Erfassung und Analyse der Zielsetzung, Handlungsfelder, Organisationsform, Maßnahmen und Instrumente sowie deren Einbindung in eine integrierte lokal-regionalen Entwicklungsstrategie im Vordergrund.

1.2 Arbeitsschwerpunkte

Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen (vgl. Kap. 1.1) ergeben sich für die Expertise folgende neu strukturierte Arbeitsschwerpunkte:

- Aufnahme der neusten Erkenntnisse (aktueller Stand) zum Klimawandel und dessen Auswirkungen auf die lokale und regionale Ebene;
- Erfassung der Schutz- und Anpassungsmaßnahmen (Instrumente), die einer lokal-regionalen Klimapolitik zur Verfügung stehen und umgesetzt werden;
- Erstellung eines Recherchekonzepts zur Erfassung wesentlicher Elemente der lokal-regionalen Klimapolitik:
 - Erstellung einer Matrix als Erfassungs- und Analyseraster für zentrale Handlungsfelder, Auswirkungen und Anpassungsmaßnahmen
 - Erarbeitung eines mehrstufigen Kriterien- und Filterrasters (Filter 1 – 4), um von einer Gesamtübersicht von Aktivitäten auf der lokal-regionalen Ebene zu spezifischen und detaillierten Aussagen (Bewertungen) zu Anpassungsmaßnahmen zu kommen.
- Erfassung, Analyse und Präsentation der lokal-regionalen Aktivitäten in Deutschland als Grundlage für weitergehende Analysen (good-practice);
- Verschaffung eines detaillierten Gesamtüberblicks anhand ausgewählter Merkmale und Untersuchung spezifischer Fragestellungen;
- Erfassung, Analyse und Präsentation klimapolitischer Ansätze und Maßnahmen in der Untersuchungsregion „Region Unterweser“;
- Identifizierung, Analyse und Präsentation von good-practice-Ansätzen.

2 Vorgehensweise

2.1 Kurz-Auswertung aktueller wissenschaftlicher Grundlagen

Ziel

In einem ersten Schritt werden ausgewählte Literaturgrundlagen zum Klimawandel und entsprechenden Schutz- und Anpassungsmaßnahmen erfasst und ausgewertet. Das Ziel ist die Schaffung einer fundierten und aktuellen Basis zum Stand der Diskussion um die Folgen und Auswirkungen des Klimawandels sowie möglicher und bereits umgesetzter Maßnahmen. Die gewonnenen Erkenntnisse bilden eine wesentliche Grundlage für die weiteren Analyseschritte

Vorgehensweise

Literatur- und Internetrecherche

Quellen: u.a: Deutsche Bank Research (2007); Difu (2006); IPPC-Reports (2007a, b, c); IW Köln (2007); Klima-Bündnis (2006); Stern (2006a, b); PIK (UBA 2005), WGBU (2007); WZB (2005).

2.2 Recherche der lokal-regionalen Aktivitäten in Deutschland - Strukturierung, Einordnung und Bewertung -

Ziel

Die Recherche und Auswertung der lokal-regionalen Klimapolitik in Deutschland erfolgt im Rahmen eines mehrstufigen Auswahl- und Verdichtungsverfahrens. Das Erkenntnisinteresse richtet sich zunächst auf die Erfassung, Analyse und Bewertung der klimapolitischen Ansätze und Aktivitäten in Deutschland. Auf dieser Grundlage sollen im Zuge eines kontinuierlichen Komprimierungsprozesses der Informationen Aussagen zu wesentlichen Elementen der lokal-regionalen Klimapolitik sowie good-practice-Ansätze und Projekte herausgefiltert werden.

Vorgehensweise

Die Analyse der lokal-regionalen Klimapolitik in Deutschland erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren, bei der die Informationen stetig zusammengeführt, verdichtet und bewertet werden.

- Gesamtübersicht Klimapolitik in Deutschland;
- Detailuntersuchung Bundesebene– erste Strukturierung und Einordnung nach zentralen Merkmalen;
- Detailuntersuchung „Region Unterweser“;
- Erfassung von good-practice.

Für die einzelnen Analyseebenen wurden eigene Kriterienfilter erarbeitet und eingesetzt. (vgl. Kap. 2.3)

Die Recherche wurde am Anfang bewusst sehr breit angelegt, um möglichst umfassend klimapolitische Aktivitäten in den Städten und Regionen erfassen zu können. Durch eine systematische Erschließung der wissenschaftlichen Literatur sollte zunächst geklärt werden, welche Forschungseinrichtungen sich mit dem Thema befassen und welche Projekte in diesem Kontext entstanden sind. Weiterhin konnten durch eine Internetrecherche und eine Sichtung der Presse Informationen über bestehende Netzwerke, Geschäftsstellen und geplante bzw. realisierte Modellvorhaben zum Themengebiet erhoben werden. Ergänzend wurden zudem Expertengespräche durchgeführt. Es wurden demnach die folgenden Medien zur Informationsgewinnung genutzt:

- Internetrecherche;
- Recherche der Presselandschaft: Analyse von Presseschauen;
- Literaturrecherche;
- Expertengespräche.

Von besonderer Relevanz war die Erfassung und Untersuchung von bestehenden Netzwerken, Vereinigungen, Modellvorhaben, Wettbewerben und Projektdatenbanken, die direkt oder indirekt einen klimapolitischen Bezug haben:

- Netzwerke im Bereich Klimawandel und -schutz: Cities for Climate Protection (CCP/ICLEI), Energie-Cités, Klima-Bündnis, RENET;
- Netzwerke, Vereinigungen von Kommunen und Regionen: u.a. ADR/Futurregio, Metropolregionen (IKM - Initiativkreis Metropolregionen);
- Wettbewerbe: u.a. Deutsche Umwelthilfe (DUH) (z.B. Bundeshauptstadt im Klimaschutz, Zukunftsfähige Kommune, Energiekommune), CO₂NTRA;
- staatliche Modellvorhaben und Förderprogramme: BBR (MoRo: „Regionen der Zukunft“, „ExWost/Städte der Zukunft“); BMBF (FONA: Klimazwei), BMU (BioRegio), BMVEL (REGIONEN Aktiv), EU (LEADER+, ALTENER II; IEE; RENET);
- Wissenschaftliche Modellvorhaben/-projekte: u.a. B.A.U.M., Difu, WZB;
- Verbände, Vereinigungen: Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL), Deutscher Städte- und Gemeindetag, Deutscher Landkreistag;
- Projektdatenbanken (u.a. Agenda Transfer; BBR, BMBF, DBU, REGINET (DVL), REGIONEN Aktiv, LEADER+).

Die durchgeführten **Expertengespräche** dienen der Reflexion und Überprüfung der eigenen Ergebnisse und Erkenntnisse auf den einzelnen Analyseebenen.

- Multiplikatoren: Mitarbeiter/Leiter von Vernetzungsstellen (u.a. LEADER, REGIONEN Aktiv) Träger/Ausrichter von Wettbewerben, Modellvorhaben (DUH);
- Wissenschaftler: Träger von Modellvorhaben (u.a. B.A.U.M.);
- Lokal-regionale Vertreter von good-practice Ansätzen.

2.3 Kriterienraster /-Filter zur Identifizierung, Erfassung und Analyse von klimapolitischen Maßnahmen

Filter 1: Gesamtübersicht über die bundesdeutsche Landschaft der lokal-regionalen Klimapolitik

Zielsetzung

In einem ersten Schritt soll eine umfassende Gesamtübersicht von Aktivitäten zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel auf der lokal-regionalen Ebene erreicht werden.

Auswahlkriterien

Raumbezug der Ansätze und Maßnahmen:

Kommunen (Stadt, Gemeinde) und Landkreise; grenzüberschreitende Raumzuschnitte: Stadtregionen (z.B. Region Stuttgart, Hannover); Metropolregionen (z.B. Hamburg, Bremen-Oldenburg; Rhein-Neckar), ländliche Räume (z.B. Bodensee-Oberschwaben, Münsterland, Mecklenburgische Seenplatte, Wendland); Kooperationsräume (Förderregionen: LEADER+ oder ILEK-Regionen, REGIONEN Aktiv)

Teilnahme an klimapolitisch relevanten Aktivitäten:

Förderprogramme, Wettbewerbe, Modellvorhaben, Forschungsprojekten, Netzwerke, Datenbanken.

Dokumentierte Aktivitäten:

Strategische Ausrichtung (strategische Entwicklungsziele), Handlungsfelder, Maßnahmen Projekte mit einem klimapolitischen Bezug; Besondere Relevanz: Praxisbezug.

Im Zuge der Aktivitäts-Recherche wurde eine neu erstellte Erfassungsmatrix genutzt, um einen ersten Überblick über die gewählten **lokal-regionalen Handlungsfelder** (elf) und Maßnahmen zu erhalten zu können. Bei diesen Handlungsfeldern handelt es sich um die Bereiche Energie, Verkehr, Abfall- u. Abwasserung, Beschaffung, Küsten- u. Hochwasserschutz, Forst- u. Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Stadt- u. Regionalentwicklung, Öffentlichkeit, Gesundheitswesen und Tourismus.

Filter 2: Detailuntersuchung - Erste Strukturierung und Selektion der erfassten Projekte und Handlungsansätze

Zielsetzung

Im Rahmen einer ersten Analyse sollen die heterogenen Aktivitäten nach bestimmten Merkmalen und Kriterien sortiert und eingeordnet werden

Auswahlkriterien - Nach folgenden Merkmalen werden die erfassten Aktivitäten sortiert und ausgewertet:

- Räumliche Verteilung der Aktivitäten in Deutschland: räumlichen Schwerpunkte der klimapolitischen Aktivitäten und sog. „weiße Flecken“ in Deutschland;
- Räumliche Ebene, räumlicher Zuschnitt der Aktivitäten: Lokaler oder regionaler Ansatz, regionale Kooperation; Raumkategorie: Verdichtungsraum/Agglomeration, Stadt oder Stadtregion, Metropolregion, ländlicher Raum-Peripherie, Stadt-Umland;
- Zielsetzung der lokal-regionalen Klimapolitik;
- Handlungsfelder der lokal-regionalen Klimapolitik;
- Handlungsstrategie: Integrierter klimapolitischer Handlungsansatz (Maßnahmenbündel) oder Einzelmaßnahme;
- Ausrichtung der Maßnahme(n) und Instrumente: Mitigation und /oder Adaptation;
- Einbindung in eine lokale und regionale Gesamtstrategie;
- Aktivitätsgrad der Kommune und Region (u.a. Mitgliedschaft bei Netzwerken, Teilnahme an Wettbewerben, Förderprogramme etc.);
- Wahl der Trägerschaft für die Klimapolitik (wer trägt Verantwortung für das Thema, wo ist die Klimapolitik institutionell verankert);
- Organisationsform der lokal-regionalen Klimaschutzpolitik.

Filter 3: Detailuntersuchung – „Region Unterweser“

Zielsetzung

Im Rahmen dieses dritten Arbeitsschrittes sollen die klimapolitischen Aktivitäten in der eigenen Untersuchungsregion erfasst und einer erste Bewertung und Einordnung unterzogen werden.

Auswahlkriterien und Untersuchungsmerkmale

vgl. hierzu Filter 2

Filter 4: Erfassung von good-practice

Zielsetzung

Mit Blick auf die eigene Untersuchungsregion sollen übertragbare Beispiele aus dem breiten Feld an klimapolitischen Aktivitäten herausgefiltert werden.

Auswahlkriterien für die Bewertung

- Regionaler Kooperationsansatz – bevorzugt wird ein regionaler Ansatz, der versucht auf einer stadtreionalen Ebene klimapolitische Aktivitäten zu vernetzen und abzustimmen;
- hoher Aktivitätsgrad der Kommune/Region (Anpassungsgrad und -kapazität) (= Gewinnerregionen /-kommunen bei Wettbewerben und Modellvorhaben);
- Integrierter klimapolitischer Handlungsansatz - Einbindung verschiedener klimarelevanter Aktivitäten in ein Gesamtkonzept (Strategie) und gemeinsamen Handlungsplan, der sowohl Maßnahmen zum Klimaschutz als auch zur Anpassung an den Klimawandel beinhaltet;
- Integration der Klimapolitik in eine lokal-regionale Gesamtstrategie für eine nachhaltige und integrierte Raumentwicklung;
- Innovativer Charakter von Handlungsansätzen und Maßnahmen;
- Übertragbarkeit der Handlungsansätze und Maßnahmen (Modellhafter Charakter);
- Praxis- und Umsetzungsrelevanz: Sichtbarkeit der Erfolge, Zielerreichung, leichte sowie kurz- und mittelfristige Umsetzbarkeit der Maßnahmen;
- Akteursübergreifende Kooperation (politisch-administrativer Bereich, Wirtschaft und Zivilgesellschaft = Regional Governance).

3) Gesamtübersicht von Aktivitäten zum Klimaschutz und zur Anpassungen den Klimawandel bundesweit

Klimawandel ist weder eine Frage des Standorts, noch die Frage des Betrachters. Es ist ein Faktum. Klima-Prognosen, die in den wissenschaftlichen Studien von den Klima- Forscher dargestellt werden, sind inzwischen in aller Munde, weltweit. Der IPCC Bericht, der Stern-Report, CO₂ – Ausstoß und Emissionshandel sind Begriffe, die nicht nur in wissenschaftlichen und politischen Diskussionen, sondern auch in täglichen Gesprächen in Büro und zu Hause auftauchen. Das Klima ändert sich unaufhaltsam. Das ist nichts Neues. Neu ist, dass dieses Thema zurzeit alle interessiert.

Die diskutierten Handlungsansätze und Maßnahmen werden aufgrund der neuen Beweglichkeit in der öffentlichen Debatte zur Klimapolitik neu bewertet. Der Klimawandel entwickelt sich zu einer wesentlichen Aufgabenstellung lokaler und regionaler Politik in Deutschland. Dabei wird zunehmend nicht nur über Maßnahmen zum Schutz des Klimas gesprochen sondern es werden verstärkt Anpassungsmaßnahmen an den Folgen des Klimawandels thematisiert und umgesetzt.

3.1 Netzwerke

In Deutschland gibt es aktuell vier international ausgerichtete Netzwerke von Kommunen und Regionen, die sich mit dem Klimawandel und der Klimapolitik intensiv beschäftigen. Dabei weisen sie neben einer erheblich voneinander abweichenden Mitgliederstärke auch differenzierte inhaltliche und räumliche Ausrichtungen auf:

- Cities for Climate Protection (neun Kommunen - CCP/ICLEI);
- Energie-Cités (neun Kommunen und eine Region);
- Klima-Bündnis (374 Kommunen und Regionen);
- RENET (fünf Regionen).

Bei **ICLEI**¹ - dem Internationalen Netzwerk für Kommunale Umweltinitiativen sind 22 deutsche Städte aktiv: Albstadt, Augsburg, Beckum, Berlin, Bietigheim-Bissingen, Bonn, Bottrop, Bremen, Dresden, Freiburg, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Kaufbeuren, Mannheim, Münster, Nordhausen, Oranienburg, Rheinfelden, Viernheim, Wedel, Saarbrücken. Das Netzwerk konzentriert sich auf kommunale Handlungsfelder wie Luftqualität, Energie, Wasser, Beschaffung, Gesundheit und versucht somit die globale Nachhaltigkeit durch die kumulativen lokalen Tätigkeiten der Mitgliedstädte in diesen Handlungsfelder zu verbessern (www.iclei.org/).

Im Bereich Klimaschutz führt ICLEI eine Kampagne „**Städte für den Klimaschutz**“ (**Cities for Climate Protection - CCP**) durch. An dieser Kampagne nehmen insgesamt neun deutsche Städte bzw. Gemeinden teil: Berlin, Berlin - Köpenick, Dresden, Freiburg, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Saarbrücken und Viernheim. Zusammen zielen sie auf Aktivitäten zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und auf die Vorbereitung von Anpassungsmaßnahmen.

Energie Cités ist ein europäisches Netzwerk, das auf den lokalen Energiepolitiken seiner Mitglieder ansetzt und diese im Bereich der Energie-Effizienz sowie in der Förderung der dezentralisierten Energiequellen unterstützt. Zu den deutschen Mitgliedern gehören: Ettlingen, Frankfurt a.M, Freiburg, Heidelberg, Stuttgart, München, Region Hannover, Rathenow, Saarbrücken und Ulm (www.energiecites.org/).

Das Netzwerk **RENET**² verbindet europäische Regionalinitiativen, die eine regionale Energiewende durch den Einsatz von erneuerbaren Energien einleiten wollen (www.100re.net/). In Deutschland sind die Netzwerke und Initiativen bislang in fünf unterschiedlich großen Regionen tätig: Region Ostwestfalen-Lippe (NRW, Verein), Sachsen-Anhalt (Regionales Netzwerk von Unternehmen in vier Landkreisen), Landkreis Fürstfeldbruck (Bayern, Verein mit Geschäftsstelle im Landratsamt), Landkreise Barnim und Uckermark (Brandenburg, Landkreise), Region Lübow-Krassow (Mecklenburg-Vorpommern, Verein). Dieses jüngste Klima-Netzwerk gibt einen Überblick über die neuesten Entwicklungen, aktuelle Themen in den Bereichen Erneuerbare Energien und nachhaltige Regionalentwicklung (vgl. Tischer et al. 2006). Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass man durch RENET, mit einem geringen Einsatz von Ressourcen, eine gute Möglichkeit geschaffen hat, Informationen über regionale Aktivitäten zu erhalten. Nach Auslaufen der Projektförderung seitens der EU ist allerdings zu befürchten, dass die Pflege des Netzwerkes und der Internetseite nicht mehr gewährleistet werden kann.³

Die weitaus höchste größte Mitgliederzahl von 374 Kommunen und Landkreisen kann das **Klima-Bündnis** aufzeigen. Die meisten Mitglieder stammen aus Baden Württemberg (87), Nordrhein-Westfalen (83), Niedersachsen (51) und Hessen (45). Demgegenüber ist Ostdeutschland nur marginal mit insgesamt 23 Mitglieder vertreten (= 6,1 %). Ein Großteil der deutschen Metropolen (München, Berlin, Hamburg, Köln, Hannover, Stuttgart) ist ebenso vertreten wie wesentliche Vertreter von größeren Städten (z.B. Münster, Bonn, Heidelberg). Neben 350 Kommunen beteiligen sich auch 24 Landkreise am Klima-Bündnis. Die Aktivitäten des Klima-Bündnisses zielen auf eine umfassende Klimapolitik mit Maßnahmen zum Schutz und zur Anpassung ab. Das Bündnis stellt umfangreiche Beratungs- und Serviceleistungen zur Verfügung, führt Kampagnen durch und bietet Informationen zu den wesentlichen Handlungsfeldern der Klimapolitik. Im Vordergrund steht eine Einbettung der Klimapolitik in die städtische und regionale Entwicklungspolitik. (www.klimabuendnis.org)

Nach eigenen Berechnungen beteiligen sich schätzungsweise über 400 lokale und regionale Gebietskörperschaften an den vier Netzwerken. In erster Linie handelt sich hierbei um die kommunale Ebene. So sind bundesweit etwas mehr als 370 Städte und Gemeinden in den Klima-Netzwerken - zumindest durch ihre Mitgliedschaft - präsent. Auf der regionalen Ebene lässt sich dies für knapp 30 Landkreise und einige regionsübergreifende Initiativen und Vereine aufzeigen. Bezogen auf das Bundesgebiet dominieren eindeutig der Nordwesten und insbesondere der Süden Deutschlands in den Netzwerken. Demgegenüber ist die Teilnahmebereitschaft in Ostdeutschland nur auf wenige Kommunen und Regionen begrenzt (insges. 31 Mitglieder = Anteil von 7,7 %).

¹ ICLEI: International Council for Local Environmental Initiatives.

² RENET: Internet Marktplatz für Wissen rund um Erneuerbare Energien und nachhaltige Regionalentwicklung.

³ Mündliche Mitteilung, B.A.U.M. Consult.

3.2 Wettbewerbe

In den letzten Jahren hat das Instrument des Wettbewerbs auch im Bereich der Klimapolitik an Bedeutung in Deutschland gewonnen, um Maßnahmen zu initiieren.

Das **Klima-Bündnis** hat zwei Wettbewerbe ausgeschrieben.

Das kommunale Wettbewerb **Climate Star** wurde im Jahr 2002 zum ersten Mal ausgeschrieben und hatte das Ziel die Vielfalt lokaler Strategien und Maßnahmen zum Klimaschutz aufzuzeigen. Im Rahmen dieses ersten Wettbewerbes wurden besonders viele Projekte im Energiebereich ausgezeichnet (64 Einzelvorhaben, davon 37 im Bereich Erneuerbare Energien)⁴

Bei dem zwei Jahre darauf folgenden Wettbewerb stand das Thema Energiesparen im Mittelpunkt. Im Jahr 2004 haben insgesamt 203 europäische Gemeinden an dem Wettbewerb teilgenommen. Den Climate Star 2004 erhielten auch fünf deutsche Städte: Wuppertal, Stuttgart, Frankfurt a.M., Münster und Trier. Wuppertal, Frankfurt a.M. und Münster wurden für die Erschließung alternativer Möglichkeiten zur Energiegewinnung ausgezeichnet. So konnte beispielsweise in Wuppertal die städtische Wasserversorgung auch zur Stromgewinnung genutzt werden. Münster konnte die Jury nicht nur als „Bundesfahrradhauptstadt“ überzeugen, sondern wurde auch für eine Kooperation ausgezeichnet, die zwischen der Stadt und den örtlichen Stadtwerken eingegangen wurde. In diesem Rahmen bezog die Stadt von den Stadtwerken Ökostrom und genehmigte gleichzeitig die Installation von Solarstromanlagen auf den Dächern der städtischen Schulen. Die Stadt Trier wurde dem gegenüber für das Projekt „Energietouren“ mit einem Sonderpreis für grenzüberschreitende Kooperationen ausgezeichnet. Mit dem Vorhaben wurde ein übergreifender Dialog zum Thema „ökologisches Bauen“ eröffnet.

Im Jahr 2007 wurde der Wettbewerb erneut ausgeschrieben. Dabei wurden Städte, Gemeinden und Kreise erneut aufgefordert erfolgreiche Projekte zum Klimaschutz vorzustellen, deren Schwerpunkt diesmal im Bereich des umweltfreundlichen Verkehrs liegt. Die Verleihung der Preise erfolgt am 23. November 2007 im Rahmen eines Festaktes. (www.local-climate-protection.eu/460.html?&L=1)

Im Jahr 2000 wurde durch das Klima-Bündnis ein Wettbewerb zur Öffentlichkeitsarbeit „**PR-Preis Klimaschutz**“ durchgeführt (Klima-Bündnis 2000). Der PR-Preis Klimaschutz war europaweit der erste seiner Art, bei dem nicht die Klimaschutz-Projekte an sich, sondern ihre öffentlichkeitswirksame Darstellung prämiert wurden. An dem Wettbewerb nahmen insgesamt 124 Projekte aus insges. 92 Kommunen und Landkreisen sowie aus 32 Organisationen und Instituten teil. (www.klimabuendnis.org/aktuell/klima.htm).

Im Fokus standen insbesondere Themen aus dem Bereich Energie und Klimaschutz. Unter den 20 ausgewählten Siegern waren 15 Mitgliedskommunen des Klima-Bündnis:(z.B. Energie-Forum 2000 im Landkreis Fürstfeldbruck (vgl. Kap. 5.3.1), Öko-Audit an Münsteraner Schulen und Kindertagesstätten, Gesamtkonzept der Öffentlichkeitsarbeit zum Klimaschutz im Rheinisch Bergischen Kreis).

Die **Deutsche Umwelthilfe** (DUH) ist ein gemeinnütziger Verband, der sich bundesweit für den Schutz von Umwelt und Natur einsetzt (www.duh.de). In Kooperation mit anderen Umwelt-, Verkehrs- und Verbraucherverbänden oder mit Kommunen werden viele Modellprojekte gefördert. Folgende drei Wettbewerbe sind von besonderer Relevanz im Bereich Klimapolitik:

- Bundeshauptstadt im Klimaschutz (2006);
- Bundeshauptstadt im Energiesparen (2005);
- Zukunftsfähige Kommune (2001 – 2004).

Bei dem nach 1997 zum zweiten Mal durchgeführten Wettbewerb „**Bundeshauptstadt im Klimaschutz**“ (78 Teilnehmer) standen der Ausbau einer klimaschonenden Energieversorgung, Spar- und Effizienzmaßnahmen in kommunalen Liegenschaften sowie Klimaschutzmaßnahmen beim Verkehr und in der Stadtplanung im Mittelpunkt. Außerdem wurden klimarelevante Themen wie „Forstwirt-

⁴ http://www.klimaschutz.kbserver.de/fileadmin/klimaschutz/inhalte/downloads/climatestar_siegerprojekte02_dt.pdf

schaft“ und „Abfallvermeidung“ abgefragt. Den Titel „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ gewann wiederum die Stadt Münster, die durch innovative Energiesparkonzepten u.a. in der Siedlungsentwicklung, mit einer klimaschonenden Verkehrspolitik, einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit sowie einer ausgeprägten Bürgerbeteiligung im Klimaschutzprozess überzeugte. In der Gesamtbewertung folgten auf dem 2. Platz Freiburg und den 3. Platz teilten sich Freiburg und Hamburg. Weitere Gewinner in den beiden Teilnehmerklassen mit einer geringeren Einwohnerzahl waren u.a. die Städte Esslingen und Rastatt sowie die hessische Großgemeinde Wetztenberg (vgl. Kap. 5.4).

An dem Wettbewerb **Bundeshauptstadt im Energiesparen** (77 Teilnehmer) nahmen die Kommunen teil, die sich für kreative Ideen zur Öffentlichkeitsarbeit, innovativen Förderprogrammen und einer am Klimaschutz orientierten Stadtplanung engagieren. Abgefragt wurden dabei unter anderem das Vorhandensein eines Energiemanagements in den kommunalen Liegenschaften, Anreizmodelle zum Energiesparen und Förderprogramme zum Energiesparen. Differenziert nach Einwohnergröße (drei Teilnehmerklassen) der beteiligten Kommunen wurden die Preise an folgenden Kommunen vergeben: Als Bundeshauptstadt im Energiesparen wurde die Stadt München gekürt. Honoriert wurden konkrete Aktivitäten und Ergebnisse bei Energieeinsparung in den kommunalen Liegenschaften, Energiesparprojekte in Verwaltungsgebäuden, eine klimafreundliche Siedlungsentwicklung und einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Energiesparen“. Auf den weiteren Plätzen folgten Münster und Hamburg. Weitere Gewinner in anderen Teilnehmerklassen waren das südhessische Viernheim (32.000 Einwohner) sowie die badische Stadt Rastatt (50.000 Einwohner) sowie die Gemeinde Wetztenberg (12.500 Einwohner).

Der Wettbewerb „**Zukunftsfähige Kommune**“ wurde ebenfalls von der DUH (2001 - 2004) gefördert. 175 Städte und Gemeinden haben innerhalb von drei Jahren an diesem Wettbewerb teilgenommen, 41 von ihnen mehrmals. Baden-Württemberg und Bayern stellten die meisten Teilnehmerkommunen, dicht gefolgt von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Der Wettbewerb war als ein Messinstrument konstruiert, um die Erfolge von Agenda-21-Prozessen ermitteln zu können. Dies geschah anhand von „Nachhaltigkeitsindikatoren“. Innerhalb von vier Leitkategorien (Wohlbefinden, Wirtschaft, Soziales und Umwelt) wurde im Laufe der drei Wettbewerbsjahre ein Indikatoren-Set entwickelt, das die wichtigsten Eckpunkte einer nachhaltigen Stadtentwicklung umfasst. Damit konnten die teilnehmenden Städte und Gemeinden ihren Ist-Zustand vor Ort ermitteln. Die Kategorie Umwelt, Umweltqualität und die Ressourceneffizienz wurde anhand von elf Indikatoren bewertet, davon mindestens mit hoher klimapolitische Relevanz: Niedriger Energie-Einsatz, Umwelt- und ressourcenschonende Energieerzeugung, Verkehrsmittelwahl, Bäume auf der Siedlungsfläche, (<http://www.duh.de/251.html>). Siegerkommunen in der Teilnehmerklasse der Großstädte (ab 100.000 Einwohner) waren 2003/2004 Freiburg (1.), Augsburg (2.) und Dresden (3.) (www.zukunftskommune.de)

Insgesamt haben sich 330 Kommunen an den drei Wettbewerben beteiligt. Dabei fällt auf, dass sich 215 dieser lokalen Akteure an mehreren der Wettbewerbe beteiligt haben. Die meisten Wettbewerbsteilnehmer rekrutierten sich aus den genannten Klima-Netzwerken. Insgesamt 320 Teilnehmer aus Städte und Gemeinden nahmen insgesamt an den Wettbewerben teil. Angesichts vieler Überschneidungen dürften nach unseren Berechnungen die Anzahl der aktiven Kommunen bei max. 200 Städten und Gemeinden liegen.

3.3 Staatliche Förderprogramme und Modellvorhaben

Seitens der europäischen und bundesdeutschen Ebene sind in den letzten Jahren zahlreiche Förderprogramme und Modellvorhaben initiiert worden, die auf eine nachhaltige und integrierte Raumentwicklung in Städten und ländlichen Räumen abzielen. Dabei spielten auch indirekt klimapolitische Fragestellungen eine Rolle, die die Akteure vor Ort im Rahmen eines bottom-up-Prozesses in die Entwicklungsstrategien und Projektvorhaben einbringen konnten.

• Bundesebene

Das **Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)** hat in den Jahren 1996 – 2003 mit dem Modellvorhaben „**Städte der Zukunft**“ die Erfolgsindikatoren zu verschiedenen städtebaulichen Handlungsfeldern untersucht, um anhand der Guten Beispielen herauszufiltern wie eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik ausgestaltet und ihre Fortschritte mittels Indikatoren prozessbegleitend überprüft werden können. Im Zielkatalog „Strategien nachhaltiger Stadtentwicklung“ gab es konkrete Bezugspunkte zur Klimapolitik:

- Haushälterisches Bodenmanagement: Erhaltung und Vernetzung klimawirksamer Freiflächen;
- Vorsorgender Umweltschutz: Energieeinsparung und Ausweitung des Anteils regenerativer Energien, Minderung der Luftschadstoffe und der Treibhausgase;
- Stadtverträgliche Mobilitätssteuerung: Anbindung von Wohngebieten und Arbeitsstätten an den ÖPNV.

Das Forschungsfeld "Städte der Zukunft" schloss an die HABITAT II-Konferenz 1996 an. Es verstand sich als städtebaulicher Beitrag zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Durchgeführt wurde es als ein kooperatives Projekt der vier Modellstädte Münster, Heidelberg, Dessau und Güstrow. (www.bbr.bund.de/nn_21888/DE/Forschungsprogramme/ExperimentellerWohnungsStaedtebau/Forschungsfelder/StaedteZukunft/01__Start.html).

Das **Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)** hat 2002 das Modellvorhaben „**REGIONEN Aktiv**“ gestartet (www.modellregionen.de). In einem Ideenwettbewerb sind 18 großräumig organisierte ländliche Regionen ausgewählt worden, um beispielhaft bis Ende 2007 in zwei Förderphase Konzepte für eine integrierte und nachhaltige Entwicklung in den ländlichen Räumen in Deutschland umzusetzen. Zu den Regionen gehören: Altmark, Barnim-Uckermark, Bitburg-Prüm, Chiemgau-Inn-Salzach, Eichsfeld, Hohenlohe, Lübecker Bucht, Mecklenburgische Seenplatte, Odermündung, Östliches Ruhrgebiet, Ostfriesland, Kreis Reutlingen, Saarland, Sächsische Schweiz - Weißeritzkreis, Schwäbisches Donautal, Uthlande, Wendland / Elbetal, Weserland).

Seit dem Start im Frühjahr 2002 sind nunmehr über 800 Projekte angelaufen und zum Teil bereits abgeschlossen. Fokussiert man die für diese Untersuchung relevanten Handlungsfelder Klimaschutz, -wandel, Biomasse und Energie, dann können insgesamt 221 Projekte diesen Bereichen zugeordnet werden. Mit 160 Einzelvorhaben in 17 Regionen zählt der Energiebereich zum wichtigsten Handlungsbereich des Modellvorhabens. Mit Klimaschutz und -wandel im engeren Sinne beschäftigen sich 13 bzw. 4 Projekte (die in vier bzw. sechs Regionen realisiert werden). Eine Reihe weiterer Vorhaben zielt auf benachbarte Themenfelder ab, wie regenerative Energien und nachwachsende Rohstoffen. So wurden beispielsweise bereits Vorhaben zur naturgerechten Landbewirtschaftung verwirklicht, bei denen die Verwendung von Rapsöl und die Nutzung von Biogas im Mittelpunkt standen.

Insgesamt sind im Rahmen von „REGIONEN Aktiv“ 44 Projekte im Bereich Biomasse entstanden, die in den Regionen Altmark, Bitburg-Prüm/ Eifel, Wendland/Elbetal, Sächsische Schweiz- Weißeritzkreis, Lübecker Bucht, Mecklenburgische Seenplatte, Odermündung, Ostfriesland, Hohenlohe, Kreis Reutlingen, Barnim-Uckermark, Schwäbisches Donautal, Saarland realisiert wurden.

Der Bereich Bioenergieerzeugung bildet zudem den Kernbereich der aktuellen Entwicklung der Modellregionen und gilt ebenso als ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Optimierung von regionalen Wertschöpfungsketten bzw. -partnerschaften (vgl. BMELV 2007). In diesem Zusammenhang hat man das ambitionierte Ziel formuliert, eine 100-Prozent Versorgung mit Bioenergie zu realisieren. Hierzu wurde in der zweiten Förderphase (2006 - 2007) eine regionsübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, an der sich die Modellregionen Altmark, Chiemgau-Inn-Salzach, Östliches Ruhrgebiet und Wendland-Elbetal beteiligen.

Bei genauer Betrachtung der Teilnehmergruppe, fallen folgende Regionen als besonders aktiv auf: Uthlande, Sächsische Schweiz-Weißeritzkreis, Lübecker Bucht, Wendland-Elbetal, Saarland, Kreis Reutlingen, Mecklenburgische Seenplatte und Hohenlohe. Besonderes Engagement zeigt die Region Sächsische Schweiz-Weißeritzkreis, die in allen der genannten Themenfeldern repräsentiert ist.

Der bisherige Fokus der Klima-Projekte, die von **Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)** gefördert wurden, lag auf einer Verbesserung des Verständnisses des Klimasystems. Mit der neuen Fördermaßnahme: „**klima2- Forschung für den Klimaschutz und Schutz vor Klimawirkungen**“ des Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA) zielt das BMBF stärker auf die Entwicklung regionaler und praxisorientierter Handlungsstrategien ab (www.klimazwei.de). Mit dieser Maßnahme werden über vierzig neue Forschungsvorhaben mit innovativen Ideen zum Umgang mit dem Klimawandel gefördert. Im Mittelpunkt der Projekte stehen zwei Aspekten Mitigation und Adaptation. Der Teilaspekt „Mitigation“ konzentriert sich auf die Entwicklung neuer Technologien, Verfahren und Strategien, mit denen eine deutliche Minderung des Ausstoßes klimarelevanter Gase erreicht werden kann. Der Teilaspekt „Adaptation“ ergänzt das Programm um Aktivitäten, die auf die Entwicklung, Umsetzung und Verbreitung von Techniken und Strategien für eine effektive und effiziente Anpassung an voraussichtliche Veränderungen des Klimas und das Auftreten extremer Wetterereignisse abzielen. Es geht darum, negative Auswirkungen abzumildern, Vorsorgemaßnahmen mit ausreichender Flexibilität durchzuführen, und ggf. auch potenzielle Chancen zu ergreifen.

Für die Bestandsaufnahme sind drei regional ausgerichtete angewandte Forschungsvorhaben interessant. Diese Projekte haben einen ähnlichen Hintergrund, da es ihnen gelingt, verschiedene Ansätze zu verbinden und Netzwerke zur Verfolgung von Klimazielen zu aktivieren.

- KLARA Net - „Netzwerk zu Klimaadaptation in der Region Starkenburg“.
Dabei handelt es sich um eine Region, die bereits im Rahmen von Agenda-Prozessen oder dem Klima Bündnis Starkenburg über weitreichende Abstimmungs- und Kooperationserfahrungen in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz verfügt. (www.iwar.bauing.tu-darmstadt.de/umwr/Deutsch/forschung/lu-KLARA01.htm);
- KlimaFolgenManagement - Regionales Management von Klimafolgen in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen. In der sich neu konstituierenden Metropolregion sollen die verschiedenen klimapolitischen Ansätze koordiniert und neue Anpassungsmaßnahmen realisiert werden (www.klimafolgenmanagement.de/). Es ist denkbar, dass die Metropolregionen insgesamt ein Interesse daran entwickeln, übergreifende Themen zu besetzen. Da sich das Thema Klimawandel für eine öffentlichkeitswirksame Selbstdarstellung eignet, ergibt sich in Verbindung mit den im Aufbau befindlichen Managementstrukturen, ein großes Potenzial für die weitere Bearbeitung (vgl. Kap. 5.2.1);
- Klimawerkstatt - Klimaschutz- und Anpassungspotenziale einer Region und ihre Erschließung. Chiemgau-Inn-Salzach-Berchtesgadener Land.
In der bayrischen Region sollen im Rahmen des Projektes die regionalen Akteure aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Hinblick auf die Ziele Klimaschutz und -anpassung mobilisiert und gebündelt werden. Es soll eine sich selbst tragende Netzwerkstruktur aufgebaut und erprobt werden, welche die sich ergebenden Chancen des Klimawandels aktiv in Modellprojekten erschließt. Die Region kann auf Kooperationserfahrungen im Rahmen des Modellvorhabens „REGIONEN Aktiv“ mit z.T. den gleichen regionalen Akteuren und externen wissenschaftlichen Begleitern zurückgreifen. (www.klimawerkstatt.wzw.tum.de/).

Zusätzlich hat das BMBF im Frühjahr 2007 ein neues Forschungsvorhaben und Förderprogramm auf den Weg gebracht, dass sich explizit um Erforschung und Darstellung ("Best Practice") von lokal-regionale Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel richtet: „**Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten (KLIMZUG) - Regionen gewinnen im Wettbewerb – die Welt gewinnt mit!**“ Ab Anfang 2008 sollen fünf Regionen über einen Zeitraum von fünf Jahren mit bis zu drei Mio. € im Jahr gefördert werden. Dabei geht es um regionale Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und seine Folgen, die in Partnerschaft mit regionalen Akteuren aus Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft entwickelt und umgesetzt werden (www.bmbf.de/foerderungen/7764.php).

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) förderte zwischen 2005 und 2007 das Vorhaben „**BioRegio - Strategien zur nachhaltigen energetischen Nutzung von Biomasse in ausgewählten Modellregionen**“ (www.bioregio.info). In sechs ausgewählten Modellregionen (Emscher-Lippe, K.E.R.N., Nordostvorpommern, Mittelsachsen, Saar-Hunsrück, Südlicher Oberrhein) wurde untersucht, wie eine nachhaltige energetische Nutzung von Biomasse initiiert und umgesetzt werden kann und welcher regionale Mehrwert dabei entsteht.

- **Europäische Ebene**

LEADER+ war in der letzten **Programmplanungsperiode der EU** (2000 - 2006/07) eine Gemeinschaftsinitiative im Rahmen der europäischen Strukturpolitik zur Erprobung neuer Entwicklungsansätze in den ländlichen Räumen. Diese Initiative zielte auf die Umsetzung integrierter, sektorübergreifender Entwicklungskonzepte, die möglichst alle Bereiche im ländlichen Raum umfassen. In Deutschland haben 148 LEADER+-Regionen ein integriertes Entwicklungskonzept erarbeitet und umgesetzt (www.leaderplus.de). Dabei kann es sich sowohl um sehr kleinräumige Zusammenschlüsse von wenigen Gemeinden, als auch um größere Raumzuschnitte mit mehreren Landkreisen handeln.

Die erfassten klimapolitisch relevanten Projekte bezogen sich in erster Linie auf den land- und forstwirtschaftlichen Bereich. Ein Großteil der Projekte beschäftigte sich mit erneuerbaren Energien, nachwachsenden Rohstoffen, Biogasanlagen etc. Insgesamt wurden hierzu 135 Projekte in rd. 72 Regionen herausgefiltert. Alleine 100 Projekte (in rund 30 Regionen) befassen sich mit dem Themenfeld Energie. 25 Projekte (12 Regionen) haben sich mit dem Thema Biogas befasst, während sich 15 Projekte dem Klimaschutz (in 10 Regionen) im engeren Sinne zurechnen lassen. Dabei waren die Regionen Elbtalau, Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge, Hohe Heide und der Landkreis Göttingen sowohl beim Thema Biogas als auch beim Klimaschutz aktiv.

In der neuen Programmplanungsperiode der EU (2007 – 2013) wird der **LEADER-Ansatz** in die Ländliche Entwicklungspolitik der EU integriert (Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums - ELER). In allen Bundesländern waren bis zum Herbst 2007 die regionalen Akteure aufgefordert Regionale Entwicklungskonzepte (REK) zu erstellen und sich einem Wettbewerb um den Zuschlag für eine neue LEADER-Förderung für die nächsten sechs bis sieben Jahren zu stellen. In Niedersachsen wurden im Wettbewerb, der Ende September ausgelaufen ist, für ca. 30 Förderregionen mehr als 40 Bewerbungen erwartet. Bereits jetzt lässt sich anhand der vorliegenden Informationen zu den REKs erkennen, dass der Bereich Erneuerbare Energie (Biomasse etc.) an Bedeutung gewinnen wird.

Das **EU-Programm „Intelligente Energie – Europa (IEE II)“** baut auf das gleichnamige Programm von 2003 - 2006 auf (http://ec.europa.eu/energy/intelligent/index_en.html). Gefördert werden Projekte, welche die Rahmenbedingungen und Entwicklungsperspektiven für die Nutzung oder Effizienzsteigerung erneuerbarer Energien verbessern. Hierfür sollen vor allem nichttechnische Hindernisse überwunden werden, um in Europa eine flächendeckende Energieverwendung aus erneuerbaren Energiequellen bereit zu stellen. Dieses Ziel soll neben vier grundsätzlichen Maßnahmenpaketen durch die Einrichtung von regionalen und lokalen Energiemanagement-Agenturen (ManagEnergy) umgesetzt werden.

Das IEE II-Programm ist als Ergänzung zu nationalen und regionalen Fördermitteln gedacht. Die Höhe der Finanzierung kann bis zu 75 % der förderfähigen Gesamtkosten eines Projekts betragen. Einen Höchstbetrag gibt es bislang nicht, viele förderfähige Projekte erhalten eine Finanzhilfe von rund einer Mio. Euro.

Für die Einrichtung **lokaler und regionaler Energiemanagement-Agenturen** gilt ein Höchstbetrag von 250.000 Euro (www.managenergy.net/indexes/1258.htm). Es können bis zu 75 % der förderfähigen Kosten mitfinanziert werden. Die erste deutsche Energiemanagement-Agentur wurde Anfang Juli 2007 im niedersächsischen Wendland eröffnet (vgl. Kap. 5.3.2).

Für die Errichtung oder Verbesserung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien gibt es u. A. Finanzierungsmöglichkeiten von der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Antragsberechtigt sind juristische Personen (private und öffentliche), die einen Sitz in einem Mitgliedstaat der EU haben.

3.4 Datenbanken

Reginet ist eine bundesweite Datenbank von Regionalinitiativen, die vom Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL) betrieben wird. Im Gegensatz zu vielen anderen Netzwerken und Datenbanken gibt es hier keine Qualitäts- und nur wenige Mindestkriterien, um ein Projekt aufführen zu können. Nichtsdestotrotz verschafft Reginet einen gewissen Überblick über die bundesdeutsche Landschaft an regional- und naturschutzorientierten Initiativen und Projekten. Unter den Suchraster Klimaschutz, Energie und nachwachsende Rohstoffe lassen sich ungefähr 100 Projekte in 93 Regionen herausfiltern. Auch hier dominieren die Projekte im Energiebereich (67 Einzelvorhaben), gefolgt vom Bereich der Nachwachsenden Rohstoffe (13 Projekte zum Thema Biomasse, sieben Biogasprojekte und elf Vorhaben, in denen das Thema Nachwachsende Rohstoffe im engeren Sinn bearbeitet wurde) (www.reginet.de)

Die Agentur Agenda Transfer hat viele Jahre erst im Auftrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung (1996 – 2006) und später des Bundes (seit 2002: Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21) für die Kommunen Beratungs-, Service- und Qualifizierungsleistungen zur Umsetzung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie geleistet. Dabei hat sie eine Projektdatenbank „Gute Beispiele Nachhaltiger Entwicklung“ aufgebaut. (www.gute-beispiele.net) Von besonderer Relevanz sind Projektübersichten über kommunale Aktivitäten in den Bereichen Nachhaltige Beschaffung und Energie (www.agenda-service.de).

3.5 Wissenschaftliche Studien

Wissenschaftliche Studien und Modellvorhaben zur kommunalen und regionalen Klimapolitik liegen u.a. seitens des DIFU, WZB, B.A.U.M. vor.

So behandelt das WZB (2005) in seiner Veröffentlichung „Kommunaler Klimaschutz in Deutschland — Handlungsoptionen, Entwicklung und Perspektiven“ die Rolle von Kommunen im lokalen Umweltschutz anhand der drei Modellstädte Heidelberg, Frankfurt und München.

Das DIFU (2005) untersuchte anhand der Kommunen Heidelberg, Magdeburg, München und Viernheim lokale Handlungsspielräume für die Themenfelder Umwelt und Gesundheit.

Diese **erste Skizze einer Gesamtübersicht** der Teilnehmer und Aktivitäten weist darauf hin, dass Klimapolitik in Deutschland auf kommunaler und regionaler Ebene sehr differenziert betrieben wird. Besonders aktiv in dem Bereich ist die lokal-regionale Ebene in Nordwest und Süddeutschland. Zu den aktuellen Handlungsfeldern, die bislang die Klimapolitik dominieren gehören die Energiepolitik (Verringerung der THG, Ausbau Erneuerbarer Energien, Steigerung der Energieeffizienz) sowie der Bereich Landwirtschaft mit dem Ansatz Nachwachsender Rohstoffe.

4) Detailuntersuchung

4.1 Deutschland

- **Räumliche Verteilung der Aktivitäten in Deutschland**

Die klimapolitischen Aktivitäten auf der lokal-regionalen Ebene sind stark auf die südlichen Bundesländer konzentriert. Hierfür sprechen die Analysen der Mitgliedslisten der Netzwerke und Teilnehmerlisten der verschiedenen Wettbewerbe. So dürften sich rd. 40 % aller aktiven Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg befinden. Die Karte 1 zu den teilnehmenden Kommunen am DUH-„Wettbewerb „*Bundeshauptstadt im Klimaschutz*“ verdeutlicht sehr anschaulich die sehr ungleiche Verteilung. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern finden kaum klimapolitische Aktivitäten statt.

- **Räumliche Ebene – räumlicher Zuschnitt der Aktivitäten**

Es überwiegen eindeutig die Aktivitäten auf der kommunalen Ebene. Klimapolitik ist bislang noch in erster Linie ein lokaler Handlungsansatz, den vorrangig mittelgroße und große Städte betreiben. Gegenüber den mehr als 400 Kommunen erscheinen die rd. 30 Landkreise und vier Metropolregionen von der Anzahl her gesehen vergleichsweise unbedeutend. Zieht man allerdings die Bevölkerung und Fläche mit hinein gewinnen insbesondere die Metropolregionen an besonderer Relevanz für eine umfassende Klimapolitik. Hinzu kommen zahlreiche Projekte und Initiativen, die sich z.T. in Kooperation mit dem politisch-administrativen Bereich auf der regionalen Ebene vollziehen (LEADER, REGIONEN Aktiv etc.). Tendenziell ist eine Aufwertung klimapolitischer Aktivitäten im stadtreionalen und ländlichen Kontext erkennbar.

Karte 1: Teilnehmer im DUH-Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“



Teilnehmer am Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“



Quelle: www.klimaschutzkommune.de

- **Zielsetzung**

Zu den vorrangigen Zielen der lokal-regionalen Aktivitäten im Bereich Klimaschutz und Klimawandel gehören:

- Erfassung der Auswirkungen des Klimawandels und Entwicklung von Lösungsstrategien und Anpassungsmaßnahmen (z.B. Metropolregion Hannover);
- Entwicklung eines Energiekonzepts mit Hinblick auf Energieeffizienz (z.B. Metropolregion Rhein Neckar);
- Die Senkung der CO₂-Emissionen durch gemeinsame Anstrengungen der Stadt, der Wirtschaft und der Bürger (z.B. Stadt Stuttgart);
- Einhaltung des Klimaschutzzieles der Bundesregierung sowie des Klima-Bündnisses (im Fall der Mitgliedschaft);
- Mobilisierung von lokal-regionalen Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Hinblick auf Klimaschutzziele. Der Rohstoffverbrauch soll gemindert, die Nutzung erneuerbarer Energien sowie der Einsatz neuer Energietechnologie vorangetrieben werden (z.B. Stadt Freiburg).

- **Handlungsfelder der lokal-regionalen Klimapolitik**

Zu den wesentlichen Handlungsfeldern der Klimapolitik gehören (vgl. Klima-Bündnis 2006; UBA/PIK 2005; WZB 2005):

- Energie
- Verkehr /Mobilität
- Stadt und Regionalplanung / -entwicklung
- Land- und Forstwirtschaft
- Tourismus
- Gesundheit, Gesundheitswesen
- Gewässer, Wasser, Wasserwirtschaft
- Biodiversität / Naturschutz
- Abfall- und Abwasserwirtschaft
- Beschaffung, Konsum
- Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit.

Im Überblick gehören die Bereiche Energie (u.a. Erneuerbare Energie/Energieeffizienz) und Verkehr zu den dominierenden Handlungsfeldern. Je nach räumlicher Ebene, gibt es unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Nach eigenen Recherchen werden v.a. in den größeren Städten, Metropolen und Metropolregionen die Schwerpunkte verstärkt auf strategische Entwicklungsziele im Bereich Klimapolitik gesetzt: Hierzu gehören die Bereiche Energie, Verkehr, Siedlungsentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit. Auf Grund von deren Erfahrungen in Beteiligungsprozessen (Agenda-Prozesse, Stadtteilkonzepte) besteht dort ein direktes Interesse an den Bereichen des Klimaschutzes und Klimawandels.

Auf regionaler Ebene im ländlichen Raum dominieren v.a. Einzelvorhaben, die sich in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft mit Bezügen zum Energiethemenfeld, Bioenergie und Wasserwirtschaft befassen. Insgesamt lässt sich also konsternieren, dass eine Integration dieser Projekte in übergreifende planerische Zusammenhänge ausbleibt.

- **Handlungsstrategie oder Einzelmaßnahme**

Ein integrierter klimapolitischer Handlungsansatz (Maßnahmenbündel) ist bislang eher die Ausnahme geblieben. Eine strategische Bündelung von Handlungsfeldern und Maßnahmen ist v.a. in den Kommunen zu beobachten, die sich bereits seit längerem mit Fragen des Klimaschutzes beschäftigen und an den vielen Modellvorhaben und Wettbewerben mehr oder weniger erfolgreich teilgenommen haben (z.B. Münster, Freiburg, Heidelberg, München). Eine integrierte Klimapolitik ist auf eine politisch-administrative Verankerung und entsprechende Organisationsformen angewiesen. Vor diesem

Hintergrund bilden die sich neu entwickelnden Aktivitäten der Metropolregionen interessante Ansatzpunkte.

In den ländlichen Räumen konzentriert man sich dagegen nur auf Einzelmaßnahmen (z. B. Waldschutzprogramme, Hochwasserschutz, Hitzeresistenz in Landwirtschaft), die nicht zusammengeführt werden. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die Träger dieser Maßnahmen häufig Initiativen, Vereine und Interessengruppen sind, die diese Koordinationsleistung nicht erfüllen können. Zum anderen fehlte es bislang an Partnern aus den Gebietskörperschaften.

- **Ausrichtung der Maßnahme(n) und Instrumente: Mitigation und / oder Adaptation**

In Deutschland konzentriert sich die lokal-regionale Klimapolitik eindeutig auf Klimaschutzmaßnahmen als auf Anpassungsmaßnahmen. Inzwischen gibt es aber viele Hinweise auf Veränderungsprozesse was die gesellschaftspolitische Wahrnehmung und Sensibilisierung für Adaptation und die Einleitung erster Umsetzungsschritte betrifft. Dies macht sich u.a. in den Handlungsfeldern Land- und Forstwirtschaft bemerkbar (Veränderung der Anbaumethoden: Aussaat, Ernte, Sortenwahl) sowie in den Bereichen Tourismus, Gesundheit (u.a. Anpassungsmaßnahmen an Hitze) und Wasser (u.a. Hochwasserschutz).

- **Einbindung in eine lokale/regional Gesamtstrategie**

Die Einbindung der Klimapolitik als eine wesentliche Aufgabenstellung in eine lokale oder regionale Entwicklungsstrategie ist kaum zu beobachten. Beispiele hierfür sind die bereits mehrfach genannten Städte wie München, Hamburg, Freiburg, Münster oder Heidelberg. Im Zuge der deutlichen gesellschaftspolitischen Aufwertung der Klimapolitik dürfte sich dies in den nächsten Jahren grundlegend ändern. Erste Indizien für einen Umbruch im strategischen Stellenwert der Klimapolitik lassen sich z.B. in den Metropolregionen erfassen. Klimapolitik wird hier als eine zentrale Aufgabenstellung eingeordnet, um diese großräumigen Kooperationen wettbewerbs- und zukunftsfähig zu gestalten. Zur inhaltlichen und prozessualen Gestaltung werden organisatorische und institutionelle Kapazitäten bereitgestellt. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch in den ländlichen Räumen beobachten, bei der v.a. wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure Promotoren für solche Aufwertungsprozesse in Regionalen Entwicklungskonzepten sind.

- **Trägerschaft und Organisationsform der lokal-regionalen Klimapolitik**

Das Feld der verantwortlichen Träger für die klimapolitischen Aktivitäten ist sehr heterogen. Neben kommunalen Einrichtungen wie Umweltamt, Agenda-Büro und Stadtentwicklungsamt gibt es Regionalinitiativen, Natur- und Umweltschutzgruppen oder auch Landratsämter, bei denen die Klimapolitik angesiedelt ist. Im ländlichen Raum sind es meistens Geschäftstellen bzw. das Regionalmanagement sowie Unternehmensnetzwerke, die die Maßnahmen federführend betreuen, finanzieren und umsetzen. Auf der kommunalen Ebene ist die Klimapolitik bislang als zusätzliche Aufgabe in Fachämtern institutionell verankert. In den Metropolregionen wird die Klimapolitik in den Geschäftsstellen bzw. Regionalen Entwicklungsagenturen als wesentliche Managementaufgabe angesiedelt.

4.2 Detailuntersuchung – „Region Unterweser“

In diesem Kapitel wird eine Auswahl an klimapolitischen Aktivitäten in der „Region Unterweser“ kurz erfasst und einer ersten Bewertung und Einordnung unterzogen. Ein besonderer Fokus wird hierbei auf neue v.a. regionsbezogene Aktivitäten gelegt.

4.2.1 Teilnahme an Netzwerken und Wettbewerben

• Teilnahme an Netzwerken

In der Untersuchungsregion Unterweser beteiligen sich nur wenige Kommunen an einem nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch im Rahmen von Klima-Netzwerken. Sechs Kommunen sind Mitglied im größten deutschen bzw. internationalen Zusammenschluss Klima-Bündnis (vgl. Kap. 3.1): Dies sind Achim, Delmenhorst; Bremen, Bremerhaven, Oldenburg und Weyhe.

• Teilnahme an klimaschutzrelevanten Wettbewerben der DUH

Die Kommunen der „Region Unterweser“ haben sich mit mehr oder weniger geringem Erfolg an den verschiedenen klimarelevanten Wettbewerben der DUH beteiligt (vgl. Kap. 3.2). Insgesamt waren es nur sieben Kommunen, die zwischen 2001 und 2006 Wettbewerbsbeiträge erstellt haben: Achim, Delmenhorst, Dötlingen, Ganderkesee, Lilienthal, Oldenburg und Weyhe. Davon war einzig die Stadt Oldenburg in allen drei Wettbewerben aktiv

Zukunftsfähige Kommune (134 Teilnehmer)

- Jahr 2001/2002: Achim, Delmenhorst, Oldenburg (3. Platz in der Teilnehmerklasse Großstädte ab 80.000 Einwohner);
- Jahr 2002/2003: Achim, Weyhe;
- Jahr 2003/2004: Oldenburg.

Energiesparkommune (2005: 77 Teilnehmer)

- Delmenhorst (Ranking: Platz 75), Ganderkesee (Platz 42), Lilienthal (Platz 75), Oldenburg (Platz 28), Weyhe (Platz 50).

Bundeshauptstadt Klimaschutz (2006: 78 Teilnehmer)

- Dötlingen (Platzierung im hinteren Feld), Ganderkesee (Platzierung im Mittelfeld), Lilienthal (Platzierung im hinteren Feld), Oldenburg (Platzierung im Mittelfeld).⁵

Aus den aufgeführten Ergebnissen der einzelnen Wettbewerbe (Platzierung im hinteren Teilnehmerfeld) wird ersichtlich, dass nach den Bewertungsmaßstäben der DUH bei den beteiligten Kommunen noch klimapolitischer Entwicklungsbedarf besteht.

4.2.2 Aktivitäten im Ländlichen Raum

Die „Region Unterweser“ konnte in den vergangenen Jahren nur eingeschränkt von Fördermitteln zur Entwicklung des Ländlichen Raumes profitieren. Zwischen 2001 und 2007 gab es nur zwei Vorhaben, die sich zudem nur am Rande mit Fragen einer regionalen Klima- und Energiepolitik beschäftigt haben:

- LEADER+ Region „Wesermarsch in Bewegung“;
- RAGIONEN Aktiv Modellregion „Weserland“.

⁵ Mündliche Mitteilung seitens der DUH.

• **REGIONEN Aktiv Modellregion Weserland**

Im Rahmen des Modellvorhabens REGIONEN Aktiv des BMELV haben sich 2001 drei Landkreise Osterholz, Verden und Wesermarsch sowie die Stadtgemeinde Bremen und die kreisfreien Stadt Stadt Delmenhorst zusammengeschlossen. Im Mittelpunkt steht das Leitbild einer verbraucherorientierten, natur- und umweltverträglichen Landbewirtschaftung des Weserlandes www.nordlichter-region-weserland.de). Den Ausgangspunkt bildete ein Regionales Entwicklungskonzept, das im Winter 2001/2002 entwickelt wurde. Als Handlungsfelder wurden die Bereiche „Lebensmittel“, „Dienstleistungen“, „Wege“ und „Begegnungen“ definiert, aus denen wiederum verschiedene Leuchtturmprojekte abgeleitet wurden: z.B. die Schaffung eines Angebotes von ökologisch vertretbaren und qualitativ hochwertigen regionalen Fleischprodukten, neuen Tourismusangeboten und einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit. In der ersten Förderphase des Bundes (2002- 2005) wurden 27 Projekte entwickelt und umgesetzt. Den einzigen Bezug zur Klimapolitik bildete eine Machbarkeitsstudie (2002/2003), die die Untersuchung und Bewertung der technischen und betriebswirtschaftlichen Bedingungen einer geplanten Biogasanlage zum Inhalt hatte. In der zweiten Förderphase (2006-2007) konzentrierte sich das Vorhaben auf das Kernthema Dachmarken und die Fortführung des entsprechenden Projekts „Weserklasse - Marktplätze für Produzenten und Verbraucher“ (www.weserklasse.de).

• **Neuer LEADER Schwerpunkt (2007 – 2013)**

Eine veränderte Situation ergibt sich durch die neu ausgerichtete Förderung des ländlichen Raums seitens der EU. Im Rahmen des niedersächsischen Programms PROFIL wurde der LEADER-Ansatz neu in das ländliche Entwicklungsprogramm für den Zeitraum 2007 – 2013 integriert. In Niedersachsen konnten sich bis Ende September 2007 alle ländlichen Regionen um eine LEADER-Förderung bewerben. Für insgesamt 30 ländliche Regionen, stehen insgesamt rd. 60 Mio. € an Fördermitteln für die nächsten sieben Jahre zur Verfügung, die noch von den Kommunen kofinanziert werden müssen. Im Rahmen eines Wettbewerbs werden bis Anfang 2008 aus über 40 Bewerbungen die besten Konzepte und damit die LEADER-Regionen ausgewählt. Die Untersuchungsregion ist in ihren ländlichen Bereichen fast flächendeckend mit eigenen Konzepten dabei:

- Region „Wesermarsch in Bewegung“;
- Region „Kulturlandschaften Osterholz“;
- Region Wesermünde-Nord;
- Region Wesermünde-Süd.

In allen vier Ende September abgegebenen Regionalen Entwicklungskonzepten gibt es klimapolitische Anknüpfungspunkte, die es in den nächsten Jahren zu erschließen und zu berücksichtigen gilt.

LEADER „Wesermarsch in Bewegung“ (LK Wesermarsch)⁶

Die LEADER Region „Wesermarsch in Bewegung“ konnte bereits in den letzten sechs Jahren auf LEADER+-Fördermittel zurückgreifen (www.wesermarsch-in-bewegung.de). In der vergangenen Förderperiode blieben die Themen Energie, nachwachsende Rohstoffe und Klimaschutz jedoch weitgehend unberücksichtigt.

Bei der Erstellung des aktuellen REK (Siellandschaft Wesermarsch) und der Neubewerbung haben sich die Akteure in der Wesermarsch gegen eine Forcierung von Bioenergie und Biomasse im landwirtschaftlichen Bereich entschieden. Die Landwirte in der Wesermarsch wollen weiterhin ein Milchstandort bleiben. Sie fürchten eine zu starke Konkurrenz um Ackerflächen. Diese Situation lässt sich bereits in anderen Regionen zu beobachten. Als Folgen für die Landwirte der Wesermarsch ergeben sich neben der Steigerung der Pachtpreise gewisse Engpässen bzw. Verteuerungen in der Futtermittelbelieferung (Konkurrenz bei Mais mit Biogasanlagen).

Dennoch gibt es ein für die Klimapolitik relevantes Projekt im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung. Mit dem ausgewählten Leitprojekt „*Tidefenster Siellandschaft Wesermarsch*“ wirft

⁶ Mündliche Mitteilung durch das LAG Management „Wesermarsch in Bewegung“. vgl. www.wesermarsch-in-bewegung.de/projektdateien/Protokolle/Auswahl%20Leitprojekte/Meinungsbild_Leitprojekte.pdf

man an exponierten und prominenten Orten der Region prognostizierte und bereits in der Vergangenheit eingetroffene Hochwasserstände an Häuserwände. Damit soll für die Veränderungen und Folgen des Klimawandels in der von Sturmfluten und einem erhöhten Wasserstand betroffenen Region sensibilisiert werden.

LEADER „Kulturlandschaften Osterholz“ (LK Osterholz)

Die Akteure im Landkreis Osterholz bewerben sich zum ersten Mal um eine Förderung im Rahmen von LEADER. Das vorgesehene Projekt „*Stärkung der regionalen Wertschöpfung mit erneuerbaren Energien*“ ist Teil eines Gesamtvorhabens zur Entwicklung des Landkreises zu einem „*energieautarken innovativen Standort für erneuerbare Energien*“.⁷ Im Rahmen von LEADER sollen die wesentlichen Grundlagen und Voraussetzungen zur Umsetzung des Gesamtvorhabens erarbeitet werden (u.a. Aufbau eines Kompetenznetzwerks). So beinhaltet das Leitprojekt die Erarbeitung einer Zieldefinitionen, Erhebungen, Analysen, Berechnungen und Planungen im Bereich erneuerbare Energien.

LEADER „Wesermünde-Süd“ (LK Cuxhaven)

Die Samtgemeinden Beverstedt und Hagen, sowie die Einheitsgemeinden Loxstedt und Schiffdorf im LK Cuxhaven haben 2007 sowohl ein Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK), als auch ein REK zur LEADER Bewerbung erstellt (www.ilek-wesermuende-sued.de).

In beiden aufeinander aufbauenden Entwicklungskonzepten spielen die Bereiche Bioenergie, regionale Energieversorgung und Nachwachsende Rohstoffe eine besondere Rolle. So soll u.a. eine NaWaRo-Beratungs- und Servicestelle gegründet werden, sowie der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten im Bereich Bioenergie forciert werden: Hierzu gehören der Ausbau und Betrieb von Biogas-, Biomasseheizkraft- und Pflanzenölproduktionsanlagen.⁸

LEADER „Wesermünde-Nord“ (LK Cuxhaven)

Die Region Wesermünde Nord umfasst die Gemeinden Nordholz, die Samtgemeinden Bederkesa und Land Wursten und die Stadt Langen im LK Cuxhaven. Die Region beteiligt sich ebenfalls am LEADER-Wettbewerb und hat sowohl ein ILEK als auch LEADER-REK erstellt (www.ilek-wesermuende-nord.de). Im Vergleich zu den drei anderen LEADER-Konzepten verfolgt die Region Wesermünde-Nord einen sehr viel umfassenderen, integrierten Ansatz im Bereich Klimapolitik. Dabei kann die Region im Bereich der erneuerbaren Energie auf regionale Stärken aufbauen. Hier bestehen bereits etliche Ansatzpunkte und Entwicklungspotenziale (Windparks, Biogasanlagen, Solartechnik). So ist der Versorgungsgrad in der Region mit Strom aus erneuerbaren Energien bereits heute schon beachtlich.

Die Akteure der Region haben dieses Potenzial erkannt und wollen im Rahmen von LEADER eine regional abgestimmte Entwicklungsstrategie zur Umsetzung einer Nachhaltigen Energieversorgung umsetzen. Sie haben daher für LEADER ein zentrales strategisches Entwicklungsziel formuliert: „*Positionierung als Innovations- und Technologieregion für Erneuerbare Energien*“, das verschiedene Handlungsansätze und Maßnahmen miteinander verknüpft. So wird u.a. auch viel Wert auf Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit gelegt. Unter dem Dach einer Projektgruppe „*Nachhaltige Energieregion*“ wurde zehn Projekte erarbeitet (vgl. Abb. 1). Sie dienen als ein erstes inhaltliches Fundament eines regionalen Energiekonzepts mit einem differenzierten zeitlichen und finanziellen Rahmen zur Umsetzung (GFL, BTE, IAW 2007).

⁷ Mündliche und schriftliche Mitteilung des prozessbegleitenden Beratungsbüros KoRiS, das das REK bearbeitete.

⁸ www.ilek-wesermuende-sued.de/pics/medien/1_1180441095/Pressemitt_Projektmesse1.pdf

Abb. 1: Projektübersicht „Nachhaltige Energieregion“ Wesermünde-Nord

Projektname (Kurztitle)	Einordnung	Umsetzungszeitraum
Dienstleistungsstandort für Offshore	prioritär	mittel- bis langfristig
Repowering Windkraft		mittel- bis langfristig
Mobilisierung regionalen Kapitals für Erneuerbare Energien		mittelfristig
Energie-autarkes Gewerbegebiet		kurz- bis mittelfristig
Energie-autarkes Wohngebiet		mittelfristig
Moor-Therme		mittelfristig
Demonstrationsanlage Hochtemperaturvergasung		mittel- bis langfristig
Energiesparpotentiale öffentliche Gebäude		kurzfristig
Neue Energiepartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen	prioritär	kurzfristig
Kommunikationspolitik Nachhaltige Energieregion	prioritär	kurzfristig

Quelle: Nischwitz (2007)

4.2.3 Aktivitäten in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten

- **Energienetzwerk-Nordwest (ENNW)**

Das Anfang 2006 von der Stadt Oldenburg initiierte Energienetzwerk-Nordwest in der Metropolregion besteht aus zwei Elementen. Zum einen ist es ein interkommunales und regionales Vorhaben, das einen Energiedialog zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften und Fachverwaltungen organisiert. Zum anderen handelt es sich um ein Bildungsnetzwerk, das den Energiedialog in die Schulen tragen soll. Beide Vorhaben sind als eines von zehn Leitthemen der Metropolregion eingeordnet und werden bis zum Sommer 2008 durch den Metropolregion Bremen-Oldenburg gefördert.

Energienetzwerk-Nordwest - Interkommunal

In der Metropolregion Bremen-Oldenburg haben sich Landkreise, kreisfreien Städte und Kommunen im Februar 2006 zu einem Energienetzwerk-Nordwest zusammengeschlossen (www.energienetzwerk-nordwest.de). Der Zusammenschluss soll in der Metropolregion zwischen den Kommunen einen Energiedialog sowie einen Wissens- und Informationstransfers befördern. Im Vordergrund stehen somit die Präsentation und Verbreitung von best-practice-Beispielen im Bereich Energie (Effizienz, Einsparung etc.) sowie der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit.

Ausgehend von themenspezifischen Arbeitstreffen der Kommunen werden bei Bedarf Netzwerkprojekte initiiert. Folgende Projekte sind in der Umsetzung:

- Energiesparen an Schulen;
- Solardachbörse Nordwest;
- EEA - European Energy Award;
- Energieeffizienzmanagement in öffentlichen Liegenschaften.

Regionales Bildungsnetzwerk Klima & Energie

Der Fachdienst Umweltmanagement der Stadt Oldenburg und das dort angesiedelte Regionale Umweltzentrum organisieren seit Ende 2006 das „Regionale Bildungsnetzwerk Klima & Energie“ (www.bildung.energienetzwerk-nordwest.de/index.html). Das Projekt soll im Themenkomplex „Klima und Energie“ verschiedene Kommunikations- und Koordinationsfunktionen erfüllen. Klima und Energie sollen in den Schulen stärker behandelt und durch praxisnahe und handlungsorientierte Angebote im Unterricht verankert werden.

Das regionale Bildungsnetzwerk ist im Mai 2007 als „Offizielles Projekt der Dekade der Vereinten Nationen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 - 2014“ ausgezeichnet worden.

Das Vorhaben wird u.a. unterstützt von der Niedersächsischen Landeskoordination des BLK-Programms "Transfer 21 - Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" sowie der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

• Auswahl kommunaler Aktivitäten

Bremer Energie-Konsens ist die Klimaschutzagentur in Bremen.

Der gemeinnützige Bremer Energie-Konsens ist die Klimaschutzagentur in Bremen (www.energiekonsens.de). Sie wurde im Zuge der Privatisierung der Stadtwerke Bremen im Mai 1997 als Public-Private-Partnership gegründet. Gesellschafter sind die Stadt Bremen, die swb AG, die Deutsche Essent GmbH sowie die EWE AG. Im Fokus der Arbeit stehen Beratungs-, Informations- und Netzwerkaktivitäten. Darüber hinaus werden im Bereich Energie Forschungs- und Modellvorhaben gefördert. Handlungsfelder und Projektbereiche sind: „Bauen und Wohnen“, „Energieeffizienz in Unternehmen“, „klimafreundliche Energiequellen“, „Mobilität“ und Energieberatung („Energie clever Nutzen“)

klima(+)Oldenburg****

Die Aktionsgemeinschaft klima(+)**Oldenburg** ist ein lokales Klimabündnis Oldenburger Institutionen, das 2002 gegründet wurde (www.klimaplus-oldenburg.de). Hierzu gehören der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die EWE AG, die Handwerkskammer Oldenburg, die Stadt Oldenburg und die Verbraucherzentrale Niedersachsen (VZN) sowie zahlreiche Kooperationspartner aus dem Handwerk (Innungen für Elektro, Sanitär- und Heizungstechnik, Baugewerke, Schornsteinfeger etc.)

Klima(+) setzt auf breit angelegte Informations- und Beratungsangebote, „Events“, Öffentlichkeitsarbeit oder die Präsentation bester Beispiele

4.2.4 Fazit

Klimapolitische Aktivitäten in der „Region Unterweser“ waren bislang v.a. auf die großen Städte Bremen und Oldenburg beschränkt. Die Beteiligung der Kommunen an einem überregionalen Erfahrungsaustausch ist als sehr gering einzustufen und die Ergebnisse bei den Wettbewerben der DUH sind z.T. mehr als bescheiden. Mit der Gründung der Metropolregion scheinen allerdings Impulse und Anreize für eine verstärkte regionale Zusammenarbeit verbunden zu sein. Das 2006 gegründete Energienetzwerk-Nordwest bietet Ansatzpunkte und Potenziale die Vernetzung auch inhaltlich-thematisch über den Energie- und Bildungsbereich auszubauen. Bislang bleiben die klimapolitischen Aktivitäten allerdings zu stark im Energiebereich und bei Maßnahmen zum Klimaschutz verhaftet.

In den ländlichen Gebieten der Region ergeben sich im Rahmen der anstehenden ILEK und LEADER-Umsetzung Möglichkeiten und Ansatzpunkte zu einer großräumiger angelegten Kooperation. Die Erschließung dieser endogenen Potenziale bedarf allerdings weniger einer Ansprache von Vertretern aus Kommunalpolitik und Verwaltung sowie von klassischen Interessenverbänden. Stattdessen gilt es verstärkt neue Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft einzubinden.

5 Good-practice lokal-regionaler Klimapolitik

5.1 Einführung

Mit Blick auf die Untersuchungsregion „Unterer Weserraum“ sollen aus der Vielzahl an klimapolitischen Aktivitäten in Deutschland gute Beispiele herausgefiltert werden, die übertragbare Handlungsansätze verfolgen.

In Abgrenzung zu vielen Zusammenstellungen von guten Beispielen, die sich v.a. auf die Darstellung von kommunaler Aktivitäten stützen (u.a. Heidelberg, Münster, Freiburg oder Viernheim), wird hier ein besonderes Augenmerk auf einen regionalen und großräumigen sowie einen integrierten klimapolitischen Handlungsansatz gelegt. Folgende **Auswahlkriterien** (vgl. Kap. 2.3, Filter 4) kamen dabei zur Anwendung:

- Regionaler Kooperationsansatz;
- Aktivitätsgrad der Kommune/Region;
- Integrierter klimapolitischer Handlungsansatz;
- Integration der Klimapolitik in eine lokal-regionale Gesamtstrategie;
- Innovativer Charakter der Handlungsansätze und Maßnahmen;
- Übertragbarkeit der Handlungsansätze und Maßnahmen;
- Praxis- und Umsetzungsrelevanz;
- Akteursübergreifende Kooperation.

Insgesamt wurden **sieben gute Beispiele bzw. Regionen** ausgewählt, die u.a. folgende Raumkategorien bzw. räumliche Zuschnitte abdecken:

- Großstadt (Metropole): Freie und Hansestadt Hamburg;
- Metropolregion: Großräumige Verknüpfung von Metropole und umliegenden ländlichen Räumen: MPR Hamburg, MPR Hannover-Göttingen-Braunschweig, MPR Rhein-Neckar;
- Ländlicher Raum (grenzüberschreitend): Region Wendland/ Elbetal, Umland München (UNSER LAND);
- Ländlicher Raum (Landkreis): Landkreis Fürstentum Brück (ZIEL21);
- Kommune, kleinere Gemeinde: Gemeinde Wettenberg.
- Exkurs: Regionales Bürgerbeteiligungsmodell: solarcomplex, Erneuerbare Energien am Bodensee.

5.2 Großstadt / Metropole und Metropolregion Hamburg

• Hintergrund

Die Historie der Klima- und Energiepolitik in der Freien und Hansestadt Hamburg reicht zeitlich weit zurück. Die Grundlage für ein kommunales Energiemanagement wurde bereits 1923 in einer Anweisung für das städtische Heizamt zur bestmöglichen Ausnutzung der Brennstoffe gelegt, die u.a. auch eine Energiesparprämie für die Heizer enthielt.

In den letzten zehn bzw. 15 Jahren hat die Stadt Hamburg zahlreiche klimapolitische Aktivitäten entfaltet:

- Energetische Sanierung öffentlicher Einrichtungen: Leuchtaustauschprogramm (ab 1994), Heiz-Kessel-Austauschprogramm (seit 1997);
- Verabschiedung eines eigenes Klimaschutzgesetzes (1997);
- Siedlungsentwicklung: solare Bauleitplanung: energieoptimierte Wohnquartiere, Solaranlagen in neu errichteten Siedlungen, u.a. auch in der neuen HafenCity (ab 1998);
- Projekt „Unternehmen für Ressourcenschutz“: Beratung von Unternehmen zur Erschließung von Energiesparpotenzialen (ab 2002);

- Hamburger Initiative „Arbeit und Klimaschutz“, die zusammen mit dem Handwerk ins Leben gerufen wurde: u.a. zur Sanierung von Altbauten, Ausbau Erneuerbarer Energien (1998).

Bislang wurden in Hamburg verschiedene Einzelvorhaben und Maßnahmen zum Klimaschutz realisiert. Neben der Vorbildfunktion der Stadt durch ein klimabewusstes Verhalten der Behörden und einem Umbau der eigenen Infrastruktur zielten die Aktivitäten auch auf eine Sensibilisierung und Mobilisierung der Bevölkerung. Beispielsweise wurde am 01.01.2007 in der Hansestadt das Klimaschutzprogramm „Hamburger Energiepass“ eingeführt, mit dem Grundeigentümer, Erbbauberechtigte und Wohnungseigentümergeinschaften Zuschüsse zur Verbesserung der Energiebilanz ihrer Gebäude erhalten können. Die Förderung ist mit einer zweistündigen Beratung verbunden, in der die energetischen Einsparpotenziale der jeweiligen Wohnungen und Häuser eruiert werden.⁹ Darüber hinaus wurden mit dem Programm „Solarthermie“ Ansatzpunkte für eine stärkere Nutzung der Solarenergie geschaffen (Hamburg 2007d).

Hamburg ist Mitglied im Klima-Bündnis. Die Hansestadt hat sich mit ihren Projekten (Handlungsfelder Energie, Siedlung, Öffentlichkeitsarbeit) bei den DUH Wettbewerben zur „Energiesparkommune“ (2005) und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ (2006) erfolgreich beworben. Im Gesamtranking konnte jeweils der dritte Platz erreicht werden (vgl. Kap. 3.2). Während bei der erstgenannten Prämierung das große Engagement der Stadt im Energiesparen hervorgehoben wurde¹⁰, würdigten die Juroren beim letztgenannten Wettbewerb die besonderen Aktivitäten bei der Siedlungsgestaltung, dem Energiemanagement und der Zusammenarbeit mit Unternehmen und Handwerk.¹¹

• **Neues Klimaschutzkonzept Hamburg 2007 - 2012**

Der Hamburger Senat hat am 21.08.2007 ein Konzept für ein Klimaschutzprogramm (Hamburg 2007a, b, c) vorgelegt, das auf fünf Jahre angelegt ist und rund 170 Einzelmaßnahmen enthält. Unter dem Motto „*Klimaentwicklung verstehen – Klimawandel mindern – Klimafolgen bewältigen*“ erweitert die Hansestadt ihre klimapolitischen Handlungsfelder und führt die bestehenden und geplanten Aktivitäten in einem Handlungskonzept zusammen (vgl. www.klima.hamburg.de).

Zu den **Handlungsfeldern** zählen:

- Energie: Energieeinsparung, Energieeffizienz;
- Verkehr/Mobilität: Minderung von THG, Verlagerung bei Verkehrsmitteln;
- Weiterentwicklung des Ausbaus alternativer Energieträger;
- Sicherung eines Energiemixes;
- Einführung eines Klimafolgen-Managements: Sturmflutschutz, Binnenhochwasserschutz; Behandlung/Reinigung von Straßenabwasser, Entwicklung neuer Strategien im Städtebau;
- Bewusstseinsbildung und Qualifizierung: Einführung des Klimaschutzes als wesentlicher und integraler Bestandteil in den Bildungsplänen der Schulen.

Zur Umsetzung des Handlungskonzepts weist die Stadt drei eigene **zentrale Klimaschutzprojekte** aus:

- Energetische Sanierung des Gebäudebestandes;
- Ausbau der energetischen und thermischen Nutzung regenerativer Energiequellen;
- Verkehr/Mobilität: Verlagerung des Verkehrs zugunsten des ÖPNV und nicht-motorisierten Verkehrs.

Um der Vorreiterrolle der Stadt gerecht zu werden, hat man sich dazu entschlossen, dass alle öffentlichen Gebäude in Hamburg zukünftig nur noch Strom aus Erneuerbaren Energiequellen beziehen sollen.

Im Bereich des städtischen Verkehrs wird verstärkt von Ampelsystemen auf Kreisverkehre umgestellt. Zudem setzt man auf die Durchführung autofreier Sonntage, die mit einer Stärkung des ÖPNV-Angebotes und einem Ausbau der Fahrradwege einhergeht. Bei der Altbausanierung werden die

⁹ vgl. www.arbeitundklimaschutz.de/we_03_foerderung/we_03_foerderung_pdf/energiepass.pdf

¹⁰ vgl. www.duh.de/uploads/media/Hamburg.pdf

¹¹ vgl. www.duh.de/uploads/media/Hamburg_01.pdf

bestehenden Ansätze im Rahmen des Klimaschutzprogramms weitergeführt, indem Hausbesitzer, die auf diesem Weg eine verbesserte Energieeffizienz erzielen, staatliche Zuschüsse erhalten. Weiterhin sollen im Rahmen des Konzeptes über bereits geltende Energiesparverordnungen hinausgehende Maßnahmen verbindlich vorgeschrieben werden. Hierzu zählt die weiterreichende Verbreitung von Fernwärme in Neubauten. Kann ein Fernwärmeanschluss aus baulichen Gründen nicht realisiert werden, sollen Bauherren unter bestimmten Voraussetzungen gesetzlich zum Einsatz von Solartechnik angehalten werden. Ergänzt werden diese regulativen Veränderungen mit symbolträchtigen Großvorhaben. So wurde angekündigt, auf dem Dach des Hochbunkers in Wilhelmsburg Europas größte Solaranlage zu installieren. Ein weiterer Ansatz des Programms bezieht sich auf die Nutzung von Biomasse.

Auf einer eigenen Homepage (www.klima.hamburg.de) wird über den Klimawandel informiert und die Klimapolitik der Stadt näher erläutert. Hamburg setzt zusätzlich auf eine gezielte Sensibilisierung und Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure und Gruppen. So sollen die privaten Haushalte durch große Klimawettbewerbe und Kampagnen „erreicht“ werden.

Zusammenfassend beziehen sich die meisten Maßnahmen der Stadt Hamburg v.a. auf den Bereich der Mitigation. Allerdings führt das vorgesehene Klimafolgen-Management u.a. im Bereich des Hochwasserschutzes zu einer verstärkten Berücksichtigung von Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels.

• **Bewertung von Hamburg als ein Beispiel guter Praxis**

Die Bewertung des Hamburger Klimaschutzprogramms als „good-practice“ - Ansatz speist sich weniger aus den konkreten Einzelmaßnahmen, als vielmehr aus dem neuen Handlungsansatz, Klimaschutz zu einem integralen und strategisch ausgerichteten Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik zu erklären. Mit der öffentlichkeitswirksamen Vorlage des Programms verbindet sich zudem ein symbolischer Gehalt, da hiermit der Klimaschutz und Klimapolitik als bedeutsames gesellschaftspolitisches Thema auf die Agenda gesetzt wird.

Hamburg steht an dieser Stelle für ein „good-practice“ – Beispiel, das als ein top-down-Ansatz angelegt ist. Die entscheidenden Impulse gehen bislang vorrangig von der Politik aus. Von besonderem Interesse ist daher, inwieweit es gelingt die städtische Vorreiterrolle auch auf Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu übertragen.

• **Metropolregion (MPR) Hamburg Ansatz**

Mitte der neunziger Jahre wurde die Metropolregion (MPR) Hamburg von der Ministerkonferenz für Raumordnung von Bund und Ländern (MKRO) offiziell anerkannt. Aktuell besteht die MKRO aus dem Stadtstaat Hamburg und acht niedersächsischen und sechs schleswig-holsteinischen Landkreisen. Die Metropolregion hat den Ansatz einer großräumigen Kooperation und Verantwortungsgemeinschaft als Chance zur gemeinsamen Entwicklung erkannt und kontinuierlich ihre Zusammenarbeit verstärkt. In den Jahren 2005/2006 hat sich die Metropolregion inhaltlich und organisatorisch neu aufgestellt.¹² Neben einer thematischen Konzentration mündet die Reorganisation in der Bildung einer gemeinsamen Geschäftsstelle ab 2008 mit Sitz in Hamburg.

Eine stadregionale Klimapolitik und Behandlung des Klimaschutzes spielte bei der Neupositionierung der MPR vor zwei Jahren noch keinen großen Stellenwert. Dies hat sich im Sommer 2007 mit der Verabschiedung des städtischen Klimaschutzkonzeptes grundlegend gewandelt. Angesichts der monozentrischen Struktur der Metropolregion kommt der Politikausrichtung der Hansestadt eine besondere Bedeutung zu. Die Stadt Hamburg hat die Initiative ergriffen: Anfang August 2007 fand unter der Leitung des Hamburger Umweltsenators ein Treffen der Landräte und Senatsvertreter statt, in dem eine enge Kooperation in den Bereichen Klimaschutz und Klimafolgen-Management vereinbart wurde. Gleichzeitig wird angekündigt, Klimaschutz als ein „*Hauptthema für die Zusammenarbeit in der Metropolregion*“¹³ zu betrachten und es somit als eine übergreifende und dauerhaft zu bearbeitenden Managementaufgabe zu erklären. In diesem übergreifenden Kontext soll die überregionale Kooperation durch ein gemeinsames Energiekonzept gestärkt werden.

¹² vgl. www.metropolregion.hamburg.de/artikel.do?ok=21557&teaserId=40706&cid=6383276

¹³ vgl. www.metropolregion.hamburg.de/artikel.do?ok=19257&teaserId=44468&cid=6528662

Die bislang vorherrschende wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch orientierte Perspektive auf die Metropolregionen und daraus resultierende Schwerpunktsetzung wird in Hamburg verändert oder zumindest ergänzt. So veranstaltet die MPR Hamburg Ende November 2007 eine Konferenz des europäischen Netzwerks der Metropolregionen (METREX), die sich ausschließlich mit dem Klimawandel und den metropoliten Anpassungsmaßnahmen beschäftigt: „*METREX Hamburg Conference on Climate Change*“.¹⁴

Zusätzlich beteiligt sich die Metropolregion aktuell mit einem eigenen Wettbewerbsbeitrag und Forschungsvorhaben an dem BMBF Förderprogramm KLIMZUG (vgl. Kap. 3.3): „*KLIMZUG-NORD: Strategische Anpassungssätze zum Klimawandel in Norddeutschland*“. Bei Bewilligung des Vorhabens soll ein Handlungsrahmen „Klimafolgen-Management“ für den Zeithorizont 2050 aufgestellt werden. Die Themenfelder Wassermanagement, Siedlungsentwicklung/Raumordnung, Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaft und Infrastruktur sollen innerhalb von fünf Jahren bearbeitet werden (Hamburg 2007c).

Zusammengefasst resultiert die Einstufung der Metropolregion Hamburg als ein gutes Beispiel, da hier erstmalig in einem großräumigen Kontext Klimapolitik als eine strategische Aufgabe regionaler Entwicklungspolitik formuliert wird. Dabei kann man auf eine professionelle Unterstützung eines Regionalmanagements sowie auf Erfahrungen in der Kernstadt Hamburg zurückgreifen.

- **Übertragbarkeit**

Mit der voranschreitenden Ausbildung einer neuen Steuerungs- und Handlungsebene Metropolregion bietet sich die Möglichkeit Klimapolitik von einem z.T. eingeschränkten kommunalen Kontext auf eine großräumige, stadregionale Ebene zu übertragen. Dies beinhaltet sicherlich eine Steigerung der Komplexität, was Abstimmungsprozesse und Umsetzungsaktivitäten betrifft, aber sie bietet auch die Möglichkeit und Chance adäquate Maßnahmen umzusetzen, die nur im großräumigen Maßstab zielführend und Erfolg versprechend sind (z.B. Hochwasserschutz, Energieerzeugung, Verkehr/Mobilität). Die Metropolregion und mit ihr die Hansestadt Hamburg zeigen, dass Klimapolitik durchaus ein prioritäres Handlungs- und Politikfeld einer Metropolregion sein kann.

- **Kontakt**

<p>Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Frau Helga Schenk Tel: (0 40) 4 28 45 - 41 12 helga.schenk@bsu.hamburg.de</p> <p>http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/senat/start.html</p> <p>Homepage zum Klimaschutzprogramm www.klima.hamburg.de/</p>	<p>Metropolregion Hamburg Sprecher Geschäftsstelle Dr. Christopher Schwieger, Poststraße 11 20354 Hamburg Tel.: 0 40 / 4 28 31 18 40 Fax: 0 40 / 4 28 31 24 68 Christopher.Schwieger@sk.hamburg.de</p> <p>Homepage der Metropolregion www.metropolregion.hamburg.de/</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

¹⁴ www.wirtschaftsfoerderung.hamburg.de/ConferenceProgramme0309.pdf

5.3 Metropolregionen

In diesem Abschnitt soll verdeutlicht werden, dass Klimaschutz und die Bewältigung der Folgen des Klimawandels ist inzwischen auch zu einem Thema der elf deutschen Metropolregionen (IKM 2006) geworden sind. Am Beispiel der Metropolregion Hamburg konnte aufgezeigt werden, dass die bislang einseitig auf Stärkung der ökonomischen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Metropolregionen durchaus auch die Klimapolitik als ein strategisch wichtiges Handlungsfeld ihrer regionalen Entwicklungspolitik einordnen können. Die einzelnen Metropolregionen reagieren – auch angesichts sehr unterschiedlicher Ausgangslagen und Gestaltungsfähigkeiten - sehr differenziert auf diese für sie noch neuen Herausforderungen. Anhand der beiden MPR Hannover-Braunschweig-Göttingen und die Rhein-Neckar lassen sich weitere beispielgebende Herangehensweisen aufzeigen.

5.2.1 MPR Hannover-Braunschweig-Göttingen

• Hintergrund

In der erst 2005 von der MKRO anerkannten Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen wurde 2006 der Klimaschutz als eines von acht zu bearbeitenden Themen bzw. Projekten festgelegt.

Die MPR kann auf zahlreiche kommunale Aktivitäten und Erfahrungen zurückgreifen. Hier ist in erster Linie die Landeshauptstadt und Region Hannover zu nennen, die u.a. Mitglied in allen drei kommunal ausgerichteten internationalen Klima-Netzwerken ist (vgl. Kap. 3.1).

Die Landeshauptstadt und Region Hannover hat mit Unternehmen der Region (u.a. Stadtwerke, Verkehrsbetriebe, Privatunternehmen) im Jahr 2001 eine **Klimaschutzagentur Region Hannover gGmbH** (www.klimaschutzagentur.de) eingerichtet. Die Klimaschutzagentur ist somit eine Public-Private-Partnership unter Beteiligung namhafter Unternehmen der Region. Sie soll die lokalen und regionalen Aktivitäten in der Region Hannover koordinieren und fördern sowie BürgerInnen, Betriebe und Behörden informieren und beraten. Darüber hinaus hat die „**Klimaschutzregion Hannover**“ ein eigenes **Internetportal** zum Klimaschutz eröffnet (www.klimaschutz-hannover.de).

Unterstützt werden die Kampagnen und Vorhaben durch lokal-regionale Förderprogramme. Von besonderem Interesse ist hierbei der **energycity-Fonds proKlima** (www.proklima-hannover.de). ProKlima ist der Vorreiter von Klimaschutz-Fonds in Deutschland. Finanziell getragen wird proKlima von den Stadtwerken Hannover AG sowie den beteiligten Städten Hannover, Laatzen, Langenhagen, Seelze, Hemmingen und Ronnenberg. Unter dem Motto „*Aufschwung für den Klimaschutz*“ fördert proKlima u.a. Energiesparmaßnahmen der BürgerInnen in Alt- und Neubauten sowie in Schulen und unterstützt die Nutzung regenerativer Energien.

Am 12. September 2007 startete zusätzlich eine breite Kooperationsinitiative für Klimaschutz in Hannover. In dieser „**Klima-Allianz Hannover 2020**“ sind über 50 Vertreter aus Industrie, Dienstleistungsgewerbe und Wohnungswirtschaft sowie öffentlichen „Multiplikatoren“ vereinigt, um ein „*Kommunales Klimaschutzprogramm 2008 – 2020 für die Landeshauptstadt Hannover*“ zu erarbeiten (Landeshauptstadt Hannover und Stadtwerke Hannover AG 2007).¹⁵

• Handlungsfelder

Die verschiedenen Ansätze ergänzen sich in der Region Hannover mit folgenden Schwerpunkten:

- Energie;
- Siedlungsentwicklung;
- Mobilität;
- Biogas- und Biomassenutzung;
- Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation, Beratung;
- Förderprogramme: u.a. energetische Sanierung und energiesparendes Bauen, Holzheizungen, die Vermarktung von Klimaschutzvorhaben.

¹⁵ www.hannover.de/data/download/lhh/umw_bau/energie/Arbeitsprogramm_Klimaschutz.pdf

Zusammengefasst sind die Fördermaßnahmen in der Regel dem Bereich Energie und der Mitigation zuzuordnen.

- **Bewertung der Region Hannover als ein Beispiel guter Praxis**

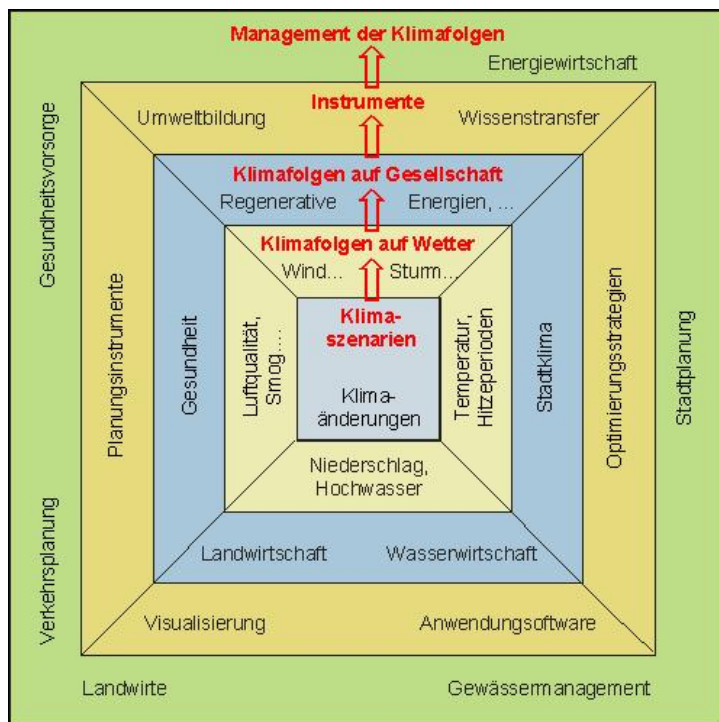
Die „Klimaschutzregion Hannover“ verfügt über eine Vielzahl an guten Beispielen. Hier ist in erster Linie der lokal-regionale Klimaschutz-Fonds proKlima zu nennen. Die Zusammenarbeit zwischen der ansässigen Wirtschaft und der öffentlichen Hand beim Fonds und bei der Klimaschutzagentur ist durchaus als beispielhaft einzustufen. Die gemeinsame Erarbeitung des Klimaschutzprogramms dürfte gleichfalls von besonderer Relevanz sein.

- **Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen**

Einen etwas anderen Ansatz als die MPR Hamburg aber auch als die Region Hannover verfolgt die polyzentrisch gegliederte Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen, die aus sechs Oberzentren (u.a. Hannover, Wolfsburg, Salzgitter) und 15 Landkreisen besteht. Die metropolitane Klimapolitik widmet sich zum einen explizit den Folgen des Klimawandels und dem daraus resultierenden großräumigen Handlungsbedarf. Zum anderen sollen ebenfalls die Potenziale der Geothermie erforscht werden.¹⁶

Dass Projekt „Regionales Management von Klimafolgen“ (www.klimafolgenmanagement.de) verfolgt verschiedene Zielsetzungen. Zunächst zielt das Projekt auf eine Vernetzung der verschiedenen Akteure in der Metropolregion, die sich mit dem Klimaschutz und –wandel beschäftigen. Gleichzeitig sollen die Auswirkungen des Klimawandels auf die wichtigen Bereiche der Metropolregion erfasst und der Forschungsbedarf geklärt werden. In einem nächsten Arbeitsschritt werden Lösungsstrategien entwickelt, um mittel- bis langfristig den Folgen des sich abzeichnenden weltweiten Klimawandels präventiv begegnen zu können. Für eine Vorstudie konnten Finanzmittel aus einem Förderprogramm des BMBF (vgl. Kap. 3.3, Klimazwei) akquiriert werden. Im Rahmen zweier Workshops wurde über die Entwicklung von Strategien zur Anpassung an den Klimawandel diskutiert und in Abstimmung mit den Fachbehörden versucht, konkrete Planungsinstrumente zu entwickeln (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Schematische Skizze der Projektvorstudie



Quelle: www.klimafolgenmanagement.de/Projektziel.htm

¹⁶ www.metropolregion.de/scripts/contentbrowser.php3?ACTION=SHOWCONTENT&menuepunkt=496

Im Juni 2007 wurde auf dieser Grundlage dem BMBF ein Antrag zur Durchführung einer Hauptstudie vorgelegt, in der weiter der Frage nachgegangen werden soll, wie man auf die Auswirkungen des Klimawandels mit einem wirkungsvollen, regionalen Managementansatz reagieren kann.

Klimapolitik ist demzufolge in der MPR noch in einer konzeptionellen Vorbereitungsphase, die sich vorrangig auf die Durchführung eines Forschungsvorhabens stützt. Bisher ist noch nicht absehbar, ob es gelingt, die Klimapolitik tatsächlich als eine zentrale Aufgabenstellung in der Gesamtstrategie der MPR zu verankern.

Dennoch kann man den gewählten Ansatz als **positives und gutes Beispiel** herausstellen. Hier handelt es sich um einen stark integrierten und strategisch ausgerichteten Ansatz, der ausdrücklich die Folgen des Klimawandels und Möglichkeiten von Anpassungsmaßnahmen in den Vordergrund der Bemühungen stellt. Dies ist bei den bundesweit erhobenen klimapolitischen Aktivitäten fast einmalig.

- **Übertragbarkeit**

Die in der Region Hannover und der Metropolregion Hannover-Göttingen-Braunschweig verfolgten Ansätze lassen sich auch auf die anderen Regionen übertragen. Insbesondere das Projekt **Regionales Management von Klimafolgen** verfolgt explizit das Ziel übertragbare Vorschläge für andere Regionen zu erarbeiten. Aber auch die Handlungsansätze in der Region Hannover mit dem Klimaschutz-Fonds und der Agentur-Lösung bieten sich für eine Übernahme an.

- **Kontakt**

<p>Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen <i>Geschäftsführung</i> Matthias Bode Tel.: 0511-1684-4466 Tel.: 0531-4702-213 Matthias.Bode@metropolregion.de</p> <p>Landeshauptstadt Hannover Neues Rathaus Trammplatz 2 30159 Hannover</p> <p>www.metropolregion.de</p> <p>MPR Projektgruppe Klima Ansprechpartner: Prof. Dr. Axel Priebs Region Hannover Leiter Dezernat III Umwelt, Planung und Bauen Tel.: 0511 - 616-2 25 65 Fax: 05 11 - 61 62 10 60</p> <p>Region Hannover Haus der Region Hildesheimer Straße 20 30169 Hannover</p>	<p>Verantwortlicher Koordinator BMB-Projekt Region Hannover Hendrik Meinecke-de Cassan Tel.: 0511 - 61 62 26 30 hendrik.meineckedecassan@region-hannover.de</p> <p>www.klimafolgenmanagement.de</p> <p>Klimaschutzagentur Region Hannover gGmbH Prinzenstraße 12 30159 Hannover Fax: 0511 - 6 16 - 2 39 75 Infohotline Klimaschutzagentur Tel.: 01805 - 62 39 77</p> <p>www.klimaschutz-hannover.de</p> <p>proKlima GbR, Stadtwerke Hannover AG Geschäftsführung: Matthias von Oesen Tel: 0511 430 - 1970 Fax: 0511 430 - 3378 Glockseestraße 33 30169 Hannover proKlima@enercity.de</p> <p>www.proklima-hannover.de</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

5.3.2 MPR Rhein-Neckar

• Hintergrund

Die zahlreichen Kommunen (u.a. Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen) und sieben Landkreise der Metropolregion Rhein-Neckar können auf eine fast fünfzigjährige Geschichte regionaler Kooperation über die Grenzen von drei Bundesländern hinweg (Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz) zurückblicken. In den Kreis der Metropolregionen wurde das Rhein-Neckar -Gebiet allerdings erst im Jahr 2005 aufgenommen. Ein Jahr später hat sich die Region mit der Etablierung eines neuen Verbandes (Verband Region Rhein-Neckar VRRN) und der Installation eines Regionalmanagements im Rahmen eines ppp-Modells neue Arbeits- und Organisationsstrukturen gegeben (www.vrrn.de; www.m-r-n.de).

Der Bereich Energie und Klimaschutz gehört zu den Handlungsschwerpunkten der MPR Rhein-Neckar, die bis zum Jahr 2015 sich zu einer der „attraktivsten und wettbewerbsfähigsten Regionen in Europa“ entwickeln möchte.

Im Bereich der Klima- und v.a. der Energiepolitik kann die MPR Rhein-Neckar auf langjährige und vielfältige Erfahrungen der beteiligten Kommunen zurückgreifen. Die jeweiligen Kommunen haben eine Reihe von Preisen für ihre Arbeit erhalten. Hierzu gehören u.a. Heidelberg¹⁷, Mannheim, Ludwigshafen und die Brundtlandstadt Viernheim. Deren kommunale Aktivitäten wurden u.a. in den Wettbewerben der DUH häufig prämiert und bundesweit in Modellvorhaben von Forschung und Raumordnung (vgl. Kap. 3.2. und 3.5) immer wieder als gute Beispiele herausgestellt.

• Handlungsfelder

In der Metropolregion Rhein-Neckar hat man bei dem Aufbau einer gemeinsamen regionalen Klima- und Energiepolitik zunächst eine klassische Herangehensweise gewählt. Die Aktivitäten beschränkten sich zu Beginn auf eine Bestandsaufnahme, Aufbereitung und Dokumentation der bestehenden kommunalen und wirtschaftlichen Handlungsansätze, um auf diesem Weg die Rhein-Neckar Region als „*zukunftsorientierte energieeffiziente Region*“ vorzustellen. So haben im Projekt „*Sicherstellung der Energieversorgung in der Metropolregion Rhein Neckar*“, innerhalb eines Jahres (bis März 2007) 70 Experten aus der Region ihr Wissen über erfolgreiche Maßnahmen in der Region für Klimaschutz und Energieeffizienz zusammengetragen. In sechs Themenkreisen arbeiteten Fachleute aus Industrie, Kommunen, Hochschule und Verbänden zusammen. Finanziell und logistisch unterstützt wurden diese Aktivitäten durch ein Sponsoring ansässiger Unternehmen.

Das Ergebnis ist ein „**Klimaschutz-Atlas – Klimaschutzprojekte der Metropolregion Rhein-Neckar**“ (MVV Energie AG 2007) sowie ein eigenes **Internetportal** (www.klimaschutz-rhein-neckar.de). Beide Produkte bieten eine umfassende Darstellung von regionalen good-practice-Modellen. Das Augenmerk richtete sich hierbei in erster Linie auf den Energiebereich.

Folgende **Handlungsfelder bzw. Themenbereiche** werden bei der Dokumentation unterschieden:

- Erneuerbaren Energien für die Metropolregion;
- Energieeffizienz in Gebäuden;
- Moderne Technologie und innovatives Wissen;
- Energieeffizienz in der Industrie;
- Energienetzwerke – synergien nutzen.

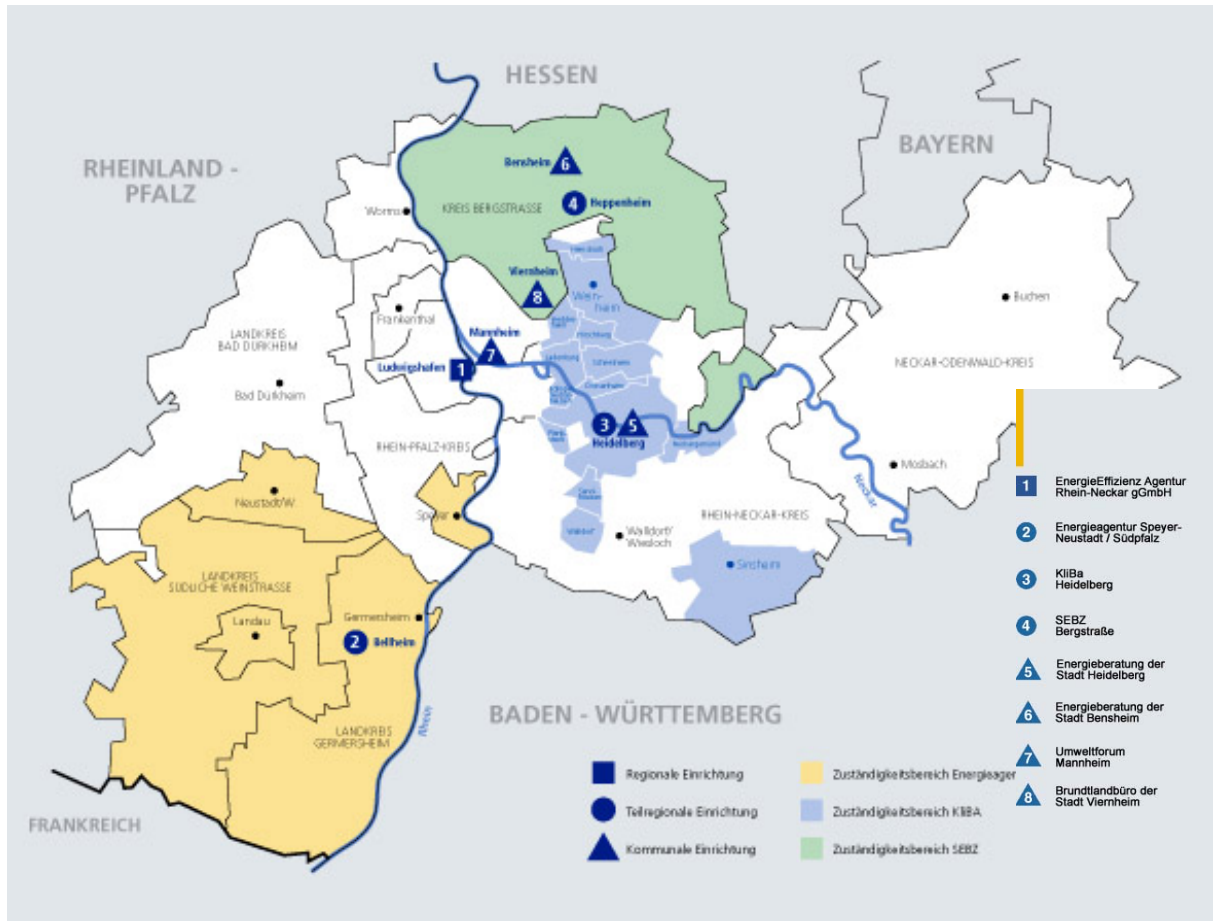
Darüber hinaus wurden die kommunalen Einrichtungen erfasst und präsentiert, die Koordinations-, Beratungs-, Informations- und Bildungsaufgaben erfüllen (vgl. Karte 2). Neben kleinere Agenturen wie der **Klimaschutz- und Energie-Beratungsagentur Heidelberg-Nachbargemeinden (KliBA) gGmbH** ist für die gesamte Region die **EnergieEffizienzAgentur Rhein-Neckar gGmbH (E2A)**¹⁸ zuständig. Als eine gemeinnützige Gesellschaft stellt sie Informationsmaterialien für neue Energien, energieeffizientes Bauen und Modernisieren sowie für den Klimaschutz zur Verfügung Die E2A dient

¹⁷ Die Stadt Heidelberg ist wie Hannover in allen drei kommunalen Klimabündnissen aktiv.

¹⁸ www.energieeffizienzagentur.de/e2a/aktuell.htm#today

auch als ein regionales Kompetenznetzwerk, das Kongresse, Foren, Workshops, Seminare, Modellprojekte, Ausstellungen und Messen durchführt. Getragen wird die E2A durch Beiträge der Gesellschafter, durch Spenden und den gemeinnützigen Personal- und Materialeinsatz der vielen Kooperationspartner aus Kommunen, Unternehmen und Verbänden.

Karte 2: Lokal-Regionale Klimapolitik – Beratungs- und Vernetzungseinrichtungen in der MPR Rhein-Neckar



Quelle: MVV Energie AG (2007)

Auf der Grundlage der Bestandsaufnahme bzw. des Klimaschutz-Atlas sollen konkrete Schritte in die Wege geleitet werden, um die **Vision** einer energieeffizienten „**Klimaschutzregion Rhein-Neckar**“ umzusetzen. Hierfür soll zunächst ein Gesamt-Energiekonzept für die Metropolregion entwickelt werden. Geplant ist u.a. die Erstellung eines Konzepts für den Ausbau von Fernwärme- und Nahwärmenetzen, das die beteiligten Städte in den drei Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz berücksichtigt. „Regional“ statt „lokal“ lautet nach Aussagen des VRRN das Motto für die nächsten Schritte.

Zusammengefasst konzentriert sich die Region auf den Bereich Energie und die damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung des Klimawandels und weniger Anpassungsmaßnahmen an seine Folgen.

- **Bewertung als gutes Beispiel**

Die Metropolregion Rhein-Neckar integriert die Klimapolitik in eine regionale Gesamtstrategie. Dabei setzt sie bewusst auf die zahlreich vorhandenen Handlungsansätze, Erfahrungen und Ergebnisse der einzelnen Kommunen. Von daher ist die Aufbereitung der lokal-regionalen Ausgangslage und ihre öffentlichkeitswirksame Präsentation ein wichtiger Schritt, um für die Region gemeinsame Anknüpfungspunkte, übertragbare Beispiele und Handlungserfordernisse herauszufiltern. Im Vordergrund steht dabei ein kooperationsorientierter, großräumiger Handlungsansatz, der v.a in den Handlungsfeldern Energie und Öffentlichkeitsarbeit privatwirtschaftliche und öffentliche Akteure verbindet. Der hohe Einsatz der Unternehmen und Handwerksbetriebe ist ein wesentlicher Faktor für die Entfaltung der regionalen Entwicklungspolitik.

- **Übertragbarkeit**

Die gewählte Herangehensweise des Klimaschutz-Atlas ist klassisch angelegt, aber auch ebenso Erfolg versprechend. Die Aufbereitung und Präsentation von guten Beispielen aus der Wirtschaft und den Kommunen schafft die Voraussetzung für die Entfaltung und Weiterentwicklung einer regionalen Klimapolitik. Die Etablierung von regionalen Managementstrukturen im Rahmen der MPR erleichtert diese Aufgabe.

- **Kontakt**

<p>Metropolregion Rhein-Neckar Ansprechpartner Klimaschutz: Klaus Mandel Verband Region Rhein-Neckar Tel.: 0621 - 10708-40 klaus.mandel@vrrn.de</p> <p>www.vrrn.de</p> <p>Roland Kress MVV Energie AG Tel.: 0621 - 2903413 r.kress@mvv.de</p> <p>www.mvv.de</p> <p>www.klimaschutz-rhein-neckar.de</p>	<p>EnergieEffizienzAgentur Rhein-Neckar-Dreieck gGmbH Geschäftsführer Albrecht Göhring 4. Gartenweg 7 Gebäude Z 34</p> <p>67056 Ludwigshafen am Rhein Telefon: 0621 - 60 472 47 Telefax: 0621 - 60 470 77 albrecht.goehring@energieeffizienzagentur.de</p> <p>www.energieeffizienzagentur.de</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

5.4 Ländliche Räume

5.4.1 Zentrum Innovative Energien im Landkreis Fürstenfeldbruck e.V. (ZIEL 21)

- **Hintergrund**

Der ländlich geprägte Landkreis Fürstenfeldbruck liegt ca. 25 km nordwestlich der Metropole München. Seit Mitte der neunziger Jahre gilt Fürstenfeldbruck als Modell- und Vorreiterregion für die Umsetzung einer eigenständigen und nachhaltigen Regionalentwicklung. Als Impulsgeber fungierte ein Zusammenschluss von Akteuren der katholischen Erwachsenenbildung, engagierten Verbrauchern und Landwirten, die sich gemeinsam mit Vertretern aus Einzelhandel, Handwerk und Umweltverbänden zu einer Solidargemeinschaft **BRUCKER LAND** formierten. Das Ziel: Sicherung und Stärkung regionaler Wertschöpfung, Umweltschutz und Aufbau neuer Kooperationen. Seit 1994 werden unter der Marke BRUCKER LAND (Slogan „*Aus der Region - für die Region*“) zahlreiche landwirtschaftliche Erzeugnisse und Weiterverarbeitungsprodukte erfolgreich auch im Lebensmittel-Einzelhandel angeboten. Dabei wurden die Angebotspalette und die Aufgabenfelder stetig erweitert und neue Akteure gewonnen: Holz- und Energiewirtschaft, Politik/Verwaltung des Landkreises, Sparkasse, Bürgerschaft, Agenda 21 etc.

Der Landkreis Fürstenfeldbruck wurde 1998 Modellregion für lokale Agenda 21 in Bayern und in verschiedenen „good-practice“-Darstellungen (u.a. BBR 2000) und Datenbanken als besonders beispielgebend herausgehoben. Im Jahr 1999 erhielt die Region den deutschen und europäischen Solarpreis. Im Zuge des regionalen Agenda 21-Prozesses hatten der Landkreis 1998 zusammen mit der Sparkasse Fürstenfeldbruck und dem BRUCKER Land e.V. ein erstes **Sonnenergieprojekt** umgesetzt. Über 600 Solaranlagen zur Warmwasserbereitung wurden von regionalen Handwerksbetrieben aus der Region auf Landkreisdächern installiert. Die Handwerker erzielten dabei einen Umsatz von ca. drei Mio. € Im Jahr 2000 wurde die Region im Wettbewerb zur Öffentlichkeitsarbeit des Klima-Bündnis („**PR-Preis Klimaschutz**“) ausgezeichnet (Klima-Bündnis 2000).

Inzwischen hat sich der Handlungsansatz von BRUCKER LAND im gesamten ländlichen Gürtel um die Metropole München unter dem Dach „**UNSER LAND**“ in zehn Landkreisen¹⁹ bzw. neun Solidargemeinschaften ausgebreitet (www.unserland.info). Im Jahr 2003 wurde „UNSER LAND“ mit dem „**ÖKO-MANAGER DES JAHRES 2003**“ ausgezeichnet.

Zentrum Innovative Energien im Landkreis Fürstenfeldbruck e.V. (ZIEL 21)

Vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen mit dem Sonnenenergieprojekt setzten sich die beteiligten Akteure (Landkreis, Sparkasse, BRUCKER LAND e.V.) das Ziel bis 2030 eine Energiewende herbeizuführen und sich dem entsprechend komplett aus regenerativen Energiequellen zu versorgen. Dazu sollen der regionale Energieverbrauch um fünfzig Prozent gesenkt, die Energie-Effizienz erhöht und alle erneuerbaren Energien im Rahmen eines Energiemixes genutzt werden: Sonnenenergie für Strom und Wärme, Biogas aus Landwirtschaft und Abfall, Biomasse wie Holz, Rapsöl und andere nachwachsende Rohstoffe, Geothermie und Wasserkraft.

Zur praktischen Umsetzung der Energiewende wurde 2001 der Verein ZIEL 21 (**Zentrum Innovative Energien im Landkreis Fürstenfeldbruck e.V.**, www.ziel21.de) gegründet. Neben den drei Initiatoren Landkreis, Sparkasse und BRUCKER LAND e.V. beteiligen sich u.a. Landwirtschaft, Fachplaner, Experten Bayerischer Gemeindetag, die Energieversorgungsunternehmen Stadtwerke Fürstenfeldbruck und Erdgas Südbayern sowie der Bund der Selbständigen / Deutscher Gewerbeverband an dem Netzwerk. Die Geschäftsstelle ist im Landratsamt Fürstenfeldbruck angesiedelt.

¹⁹ Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Dachau, Ebersberg, Fürstenfeldbruck, Landsberg, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach, München, Starnberg und Weilheim-Schongau.

• Handlungsfelder

Ziel21 konzentriert sich in seinen klimapolitischen Aktivitäten auf folgende Bereiche:

- Energie: z.B. Umsetzung von Bürger-Solaranlagen (bislang wurden 18 Anlagen in 16 Kommunen auf öffentlichen Gebäuden, sowie eine Freiflächenanlage) realisiert;
- Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikationspolitik: Durchführung von Veranstaltungen: BioEnergietage in den Regionen – „Landwirt und Energiewirt“, „BRUCKER Energietage und Energiemessen“; Vorträge; Beratungsstammtische; Schulprojekt „Sonne voll Energie“ an Grundschulen;
- Beratungen von BürgerInnen zu den Themenfeldern Erneuerbare Energien, Energiesparen und Verbesserung der Energieeffizienz;
- Koordination und Networking; Initiierung und Koordination von Aktivitäten und Akteuren.

ZIEL 21 setzt demzufolge v.a. im Energiebereich (in Kooperation mit Forst- und Landwirtschaft) und in der Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit seine Schwerpunkte, nicht im Bereich der Adaptation.

Einbindung in den größeren Verbund von UNSER LAND

Das ZIEL21-Netzwerk ist seit 2001 durch den Dachverein UNSER LAND in einen großräumigeren Kontext eingebunden. Neben den zehn beteiligten Landkreisen, verfolgt auch die Stadt München das Ziel einer Energiewende. Hierdurch ergeben sich sowohl eine räumliche Überschneidung mit dem Kernbereich der Metropolregion München, als auch gemeinsame Berührungspunkte in Form von neuen Aktivitäten der MPR, die sich verstärkt dem Klimaschutz widmen wollen.²⁰

UNSER LAND hat die wesentlichen Ziele und Handlungsfelder von ZIEL 21 übernommen und zum Teil um neue Aspekte (Siedlung) erweitert:

- Anbau von Ölfrüchten (Raps, Leindotter);
- Erprobung neuer Anbaumethoden im Mischfruchtanbau, um zusätzlich zu den Lebensmitteln Energie in Form von Pflanzenölen zu ernten (Erbse + Leindotter);
- Errichtung von dezentralen Ölmühlen in der Region;
- Umrüstung von Traktoren und PKWs, um Pflanzenöl als Treibstoff zu tanken;
- Errichtung von Biogasanlagen, um durch die Vergärung Strom und Wärme zu erzeugen;
- Errichtung von Hackschnitzelanlagen;
- Errichtung von Solaranlagen, um Sonnenenergie in Strom umzuwandeln;
- Durchführung von Wärmedämm-Maßnahmen, zur Reduzierung des Energieverbrauchs;
- Errichtung von Niedrig-Energie-/Passivhäusern.

• Bewertung der Region als ein Beispiel guter Praxis

Die Region Fürstentum Bruck und mit ihr BRUCKER LAND und ZIEL21 stehen als ein Beispiel guter Praxis für eine ländliche Region, in der es gelungen ist, ein funktionierendes aktorsgruppenübergreifendes Netzwerk zur Umsetzung klimapolitischer Zielsetzungen zu installieren. Das Ziel21-Netzwerk steht für eine bottom-up-geprägte Vernetzung von verschiedenen Akteuren aus Politik/Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dabei konnte man auf etablierte Arbeits- und Organisationsstrukturen, Kooperationen und Vernetzungen aufbauen, die sich bereits im Rahmen der landwirtschaftlichen Regionalvermarktung bewährt haben.

²⁰ Die Metropolregion München bestand bis vor kurzem eigentlich nur virtuell. Seit Anfang 2007 gibt es eine Initiative Europäische Metropolregion München (EMM), um die Metropolregion stärker zu vernetzen und zu koordinieren. Dabei wurden vier Handlungsfelder formuliert, u.a. Umweltschutz und Gesundheit. Ein geplantes Projekt betrifft den Klimaschutz in der Metropolregion München.
(www.muenchen.de/cms/prod1/mde/_de/rubriken/Rathaus/75_plan/09_emm/nl_0_5_07.pdf)

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die gezielte Einbindung und hohe Beteiligung der BürgerInnen in diese regionalen Entwicklungsprozesse. Die Maßnahmen zur Partizipation und zur Kommunikation sind beispielgebend.

Auf Seiten der ergriffenen Maßnahmen dominiert deutlich die Mitigation, Fragen der Anpassung an Klimafolgen spielen bislang noch keine Rolle. Bei der Bewertung des Ansatzes ist ferner auch die Art und Weise hervorzuheben, in der die regionalen Spezifika und Produkte als Marken etabliert wurden

Trotz der ambitionierten Zielsetzung einer Energiewende ist eine Integration der Klimapolitik in eine lokal-regionale Gesamtstrategie auf der Ebene des Landkreises Fürstentum Fürstentum und der Metropolregion erst in Ansätzen erkennbar. Angesichts der bestehenden Strukturen (UNSER LAND, Metropolregion) bieten sich hier aber gute Voraussetzungen. Darüber hinaus gibt es auch noch Potenziale über die Handlungsfelder Energie, Landwirtschaft und Öffentlichkeitsarbeit hinaus weitere Bereiche zu integrieren.

- **Übertragbarkeit**

Die Übertragbarkeit des Ansatzes speist sich v.a. aus den Bereichen Kooperation und Kommunikation. So ist es gelungen, ein bestehendes Netzwerk für neue Themenschwerpunkte zu gewinnen und verschiedene Akteure für ein gemeinsames Vorhaben zu aktivieren. Eine wichtige Voraussetzung war hierfür auch die Institutionalisierung in Form des Vereins Ziel 21 e.V. Erst hiermit wurde ein Rahmen geschaffen, mit dem eine Verstetigung der Maßnahmen herbeigeführt werden konnte. Übertragbar auf andere ländliche Regionen ist auch das Marketingkonzept, mit dem die verschiedenen regionalen Erzeugnisse in die lokale Wertschöpfungskette integriert werden.

- **Kontakt**

<p>ZIEL 21 - Zentrum Innovative Energien im Landkreis Fürstentum Fürstentum e.V. Sprecherin: Birgit Baidl Münchnerstr. 32 Bürgerservice-Zentrum 82256 Fürstentum Fürstentum Tel. 08141 - 519-225 info@ziel21.de www.ziel21.de/</p>	<p>Dachverein UNSER LAND e.V. Vorsitzende Elsbeth Seiltz Adelshofener Str. 8 82276 Nassenhausen Tel.: 08145 - 6269 elsbeth.seiltz@unserland.info www.unserland.info</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

5.4.2 Region Wendland / Elbetal

• Hintergrund

Die Region Wendland / Elbetal liegt im östlichen Niedersachsen innerhalb des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg. Die ökonomisch strukturschwache ländliche Region umfasst den gesamten Landkreis Lüchow-Dannenberg sowie die elbnah gelegenen Kommunen des Landkreises Lüneburg. Die Region Wendland / Elbetal ist gekennzeichnet durch ihre relativ periphere räumliche Lage. Die Entfernungen zu den Ballungsräumen Hannover, Hamburg und Berlin sind in etwa vergleichbar.

Im Wendland befasst man sich seit den 1990er Jahren mit dem Thema „**Erneuerbare Energien und Nachwachsende Rohstoffe**“. Ein Grund hierfür ist sicherlich die anhaltende Auseinandersetzung um das Atommüll-Endlager in Gorleben. Darüber hinaus gilt es sich regionalwirtschaftlich zu profilieren und neuen Einkommensmöglichkeiten für den weiterhin bedeutenden Wirtschaftsfaktor Landwirtschaft zu erschließen. Zur Untersuchung der vorhandenen Potenziale und Ressourcen sowie deren Erschließung hat die Region in der Vergangenheit zahlreiche Förderprogramme genutzt und die Vision einer hundertprozentigen Versorgung mit Erneuerbaren Energien (u.a. für den LK Lüchow-Dannenberg) entwickelt. Zu den genutzten Förderprogrammen gehörten bislang u.a. die EU-Programme LEADER+ (2001 - 2007) und ALTENER I (2000 - 2002) sowie auf Bundesebene das Modellvorhaben REGIONEN Aktiv (2002 - 2007). Als verantwortliche Träger dieser Vorhaben sind neben den beiden Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Lüneburg zahlreiche Akteursgruppen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Erscheinung getreten.

LEADER+ Elbtalaue (2001 – 2007)

Im Rahmen von LEADER+ (vgl. Kapitel 3.3) hat die verantwortliche Lokale Aktionsgruppe Elbtalaue 38 Projekte durchgeführt, die sich dem Bereich Bioenergie zuordnen lassen. Im Projektverzeichnis 2006 (www.leaderplus-elbtalaue.de) wird insbesondere das Thema Erneuerbare Energien mit zwei Projekten herausgestellt („Mobilisierung des regionalen Energieholz-Marktes“, „Hackschnitzel für die Grundschule“) und durch ein angrenzendes Vorhaben aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit („Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle zum Thema Energie“) ergänzt.

REGION Aktiv Wendland /Elbetal (2002 – 2007)

Die Region Wendland / Elbetal wurde im Modellvorhaben „REGIONEN Aktiv“ (vgl. Kapitel 3.3) durch den Bund (BMELV) in zwei Projektphasen gefördert (www.wendland-elbetal.de). Das 2002 erstellte Regionale Entwicklungskonzept formulierte für das Handlungsfeld „*Nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien*“ folgende Ziele formuliert:

„Die Region Wendland / Elbetal soll zukünftig mit 100 % regenerativen Energien versorgt werden. Neben dem Einsatz von Wind- und Solarenergie und der Nutzung von Biogas soll diese Zielsetzung u.a. durch den gezielten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen (z.B. Schwachholz- und Strohnutzung, Erzeugung von Pflanzenölen) verwirklicht werden.“

(Quelle: Verein Regionale Partnerschaft Wendland / Elbetal 2002, S. 16)

Im Zeitraum zwischen 2002 und 2005 (Phase 1) wurden 55 Einzelvorhaben realisiert, die neben der Einrichtung eines Regionalmanagements und einer vielgestaltigen Öffentlichkeitsarbeit insbesondere die Bereiche Bioenergie und -masse bearbeiteten. Als Leitbild strebt man in der Region eine „Steigerung der regionalen Wertschöpfung durch Aufwertung regionaler Erzeugnisse und Sicherung der ökologischen und kulturellen Werte“ an.

In einer Zwischenbilanz zur ersten Phase konstatierte die Region weitreichende Erfolge im Bereich Bioenergie mit dem Schwerpunkt Biogas, die weit über das Entwicklungsziel quantitativ (Zahl errichteter Bioenergieanlagen) und qualitativ (eigene Ingenieure, Maschinenproduktion und Treibstoffgewinnung) hinausreichen (NLG 2006). Der Anteil der Regenerativen Energie auf dem Stromsektor konnte innerhalb von zwei Jahren um 25 % auf fast 40 Prozent gesteigert werden. (Region Aktiv Wendland / Elbetal e.V. 2006).

In der zweiten Förderphase (2006 – 2007) konzentrierte sich die Region auf die Wertschöpfungskette BioEnergie: „Handlungsfeld Energiewende Kraft+Stoff“. In der Stärkung der regionalen Wertschöpfungsketten (WSK) „**Verwertung von Biogas**“ und „**Wärme aus Holz**“ versprach man sich

Potenziale und wirtschaftliche Perspektiven für die Region. Der Einsatz der Fördermittel zielte auf Produkte und Dienstleistungen, die neue Geschäftsfelder für regionale Unternehmen und Akteure erschließen sollten. Die Ausgaben der Verbraucher für Energie sollten in der Region bleiben und diese damit insgesamt stärken.

Bundesweit für Aufsehen sorgte im Juni 2006 das zentrale **Vorzeigeprojekt** des Wendlandes. Die Raiffeisen Waren-genossenschaft eG (RWG) eröffnete eine **Biogastankstelle**, als erstes Projekt dieser Art in Deutschland. Mit der Marke „WEGAS – Wendländer Biogas“ werden entsprechend ausgerüstete PKWs mit Biogas-Kraftstoff versorgt (www.biogastankstelle.de). Der Erfolg entlang der Wertschöpfungskette Bioenergie (vgl. Abb. 3) resultiert aus der Zusammenarbeit der RWG, 40 Landwirten, die die Rohstoffe liefern, ansässigen Autohäuser, die die Autos umrüsten und dem Verein REGION AKTIV Wendland-Elbetal.

Mit rund 7.000 kg BioGas (BMELV 2007) wurden die anfänglichen Erwartungen der Betreiber deutlich überschritten. Dies lässt sich ebenfalls an dem wachsenden Bestand von Biogas-Fahrzeugen festmachen, deren Anzahl sich im Landkreis Lüchow- Dannenberg von fünf Pkws im Juni 2006 auf 100 Fahrzeuge bis Mai 2007 erhöht hat. Der Anteil an den Neuzulassungen im Kreis beträgt nun rund zwölf Prozent.

Gegenwärtig versucht die Region einerseits die Umrüstung von Fahrzeugen auf Biogas auszuweiten, andererseits aber auch mit bestehenden Ressourcen der Anlage weitere Marktsegmente zu erschließen. So wird geprüft, wie man das aufbereitete Biogas in das bereits bestehende Erdgasnetz einspeisen kann, um so die Wirtschaftlichkeit weiter zu verbessern. Dies geht einher mit einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit, mit der sichergestellt werden soll, dass sich der Bekanntheitsgrad der Marke „Wendländer BioGas“ erhöht. Auch haben die Kooperationspartner vor Ort um der steigenden Nachfrage nach Biogasprodukten gerecht zu werden, die Qualifizierungsmaßnahme „Fachkraft Biogas“ entwickelt, in deren Rahmen grundlegende Kompetenzen zur Planung, zur Errichtung und zum Betrieb von Biogasanlagen vermittelt werden (vgl. BMELV 2007).

Neben der Beteiligung an den genannten Programmen wird ferner auf eine öffentlichkeitswirksame Darstellung des Themenbereichs Erneuerbare Energien und Klimaschutz gesetzt. So fanden beispielsweise vom 18. Juni bis 08. Juli 2007 in Lüchow die „Klimawochen Wendland“ statt, in deren Rahmen eine Reihe von Veranstaltungen zu den Themenfeldern Klimawandel und Erneuerbare Energien stattgefunden haben. Abgeschlossen wurde das Programm vom „ÖXPO-Klimaforum“ auf dem vor allem Anbieter und Hersteller ihre Produkte und Dienstleistungen zum Themenfeld Energieeffizienz vorstellen konnten (www.oexpo.de/klimawochen/index.html).

Abb. 3: Wertschöpfungskreislauf Biogas im Wendland / Elbetal



Quelle: http://www.nova-institut.de/ra-attach/18747/Regionen_Aktiv_Erfolgsgeschichte_I.pdf

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass bei den bisherigen Aktivitäten in der Region Wendland / Elbetal Klimapolitik allenfalls mittelbar durch das Ziel der Energiewende verfolgt wurde. Die Aktivitäten konzentrierten sich auf den Bereich Bioenergie in enger Kopplung mit Fragen der landwirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Entwicklung. Diese Fokussierung hat dazu geführt, dass die Region Wendland / Elbetal nicht nur bundesweit eine Vorreiterrolle im Bereich Bioenergie einnimmt.

Perspektive 2007+ = EMMA und LEADER

Die Akteure der Region haben sich rechtzeitig vor dem Auslaufen der bisherigen Förderprogramme um eine Fortführung der Finanzierung ihrer Projekte gekümmert. Von besonderem Interesse ist dabei die organisatorische Weiterentwicklung, in dem eine professionelle Energiemanagement-Agentur eingerichtet wurde sowie eine inhaltliche Fortführung angestrebt wird, indem die zu bearbeitenden Themenkomplexe um Fragen der Anpassung an die Folgen des Klimawandels ergänzt werden:

Gemeinsam mit dem Landkreis Prignitz hatte das Wendland bei der EU im Rahmen des **IEE** - Programms (Intelligent Energy - Europe) einen Antrag zur Förderung einer regionalen Energiemanagement-Agentur gestellt und genehmigt bekommen. Mit einer Förderung von 200.000,- € ist der Betrieb der **EnergieManagementAgentur für die Region Elbtalau, Prignitz und das Wendland (EMMA)** bis Mitte 2010 gesichert (www.emma-ev.de). Die Agentur, die Anfang Juli 2007 ihre Geschäftsstelle in Dannenberg eröffnete, will einerseits öffentliche Gebäude auf Ihre Energieeffizienz hin untersuchen (Ansatz regionale Energieeinsparung), andererseits auch in der Region Expertise und Beratungsangebote (z.B. Energiesparkonzepte) bereitstellen und ferner Projekte aus dem Bereich der erneuerbaren Energien begleiten.

Das Wendland hat sich im Rahmen des niedersächsischen LEADER-Wettbewerbs um Aufnahme als **LEADER-Region für die Förderperiode 2007 - 2013** mit einem eigenen REK Ende September 2007 beworben. Im Handlungsfeld „Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Energie“²¹ werden verschiedene Maßnahmenansätze verfolgt:

- Ausbau des Bioenergiebereichs: bestehende Wertschöpfungsketten Biogas, Holzenergie und Pflanzenöl sollen fortgesetzt und optimiert werden;
- Verbesserung der Energieeffizienz: in Zusammenarbeit mit EMMA soll der regionale CO₂ Ausstoß bis 2013 um 20 % reduziert werden;
- Dem prognostizierten Klimawandel und seinen Folgen soll mit Anpassungsstrategien im landwirtschaftlichen Bereich begegnet werden (Reaktion auf geringere Niederschläge, Grundwasserbildung);
- Vermarktung als Bioenergiekompetenzregion.

Darüber hinaus beteiligt sich das Wendland an dem Förderantrag KLIMZUG-Nord der Metropolregion Hamburg (vgl. Kap. 5.2) und es wird versucht über die europäischen Strukturfonds im Ziel 1 Gebiet (Konvergenz) im Rahmen der EFRE-Förderung ein Clustermanagement Bioenergie zu beantragen.

• Bewertung des Wendlandes als ein Beispiel guter Praxis

Mit dem Wendland wurde eine ländlich geprägte Region als „good-practice“ – Beispiel vorgestellt, der für die zukünftige Verfolgung einer regionalen Klimapolitik hohes Potenzial zugeschrieben werden kann. Noch deutlicher als die Region Fürstenfeldbruck hat das Wendland den Sprung von einer Initiative zur Sicherung der Landwirtschaft und Stärkung des ländlichen Raumes, in der verschiedene Einzelvorhaben entwickelt wurden, auf ein integriertes regionales Gesamtkonzept mit hohen Bezügen zur Klima- und Energiepolitik geschafft. Hervorzuheben ist der Umstand, dass ein bestehendes regionales Netzwerk, das ursprünglich thematisch andere Akzente gesetzt hat, für Ziele der Klimapolitik herangezogen und aktiviert werden kann. Hierzu wurde durch die Fokussierung auf das Thema Bioenergie und Biogas gute Grundlagen geschaffen. Neben den Beiträgen, die zur verbesserten Nutzung regenerativer Energien geliefert wurden, konnte zudem das lokale Handwerk vom Betrieb der Anlagen profitieren.

²¹ schriftliche Mitteilung zum Handlungsfeld „Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Energie“ aus dem Leader REK (NLG 2007).

Nichtsdestotrotz beschränken sich die bisherigen Handlungsansätze auf die Bereiche Energie, Land- und Forstwirtschaft sowie Öffentlichkeitsarbeit. Dies dürfte sich allerdings mit der Etablierung der **EnergieManagementAgentur** und dem LEADER-Vorhaben verändern. So lassen sich z.B. im neuen LEADER-Ansatz Anknüpfungspunkte im Hinblick auf Adaptationsmaßnahmen erkennen. Darüber hinaus werden in der Region in Bezug auf die Hochwasserproblematik auch über Anpassungsmaßnahmen im Auenbereich diskutiert. Hinzu kommt, dass zukünftig stärker untersucht werden soll, welche konkreten Folgen der Klimawandel für die Region nach sich ziehen kann.²²

Die Erfahrungen im Fall Wendland sprechen für eine bottom-up-geprägte Kooperation verschiedener regionaler Akteure. Die hohe Umsetzungsrelevanz und der Erfolg der Projekte haben sicherlich seinen Ursprung in der hohen Beteiligung und Einbindung zentraler Akteure aus sehr verschiedenen gesellschaftspolitischen Bereichen.

- **Übertragbarkeit**

Die Übertragbarkeit leitet sich aus der gelungenen Verknüpfung verschiedener Akteure aus Politik/Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vor Ort ab. Auch wenn die Biogastankstelle heute noch nicht kostendeckend betrieben werden kann, so haben doch die relevanten Investoren (z.B. die Raiffeisen Gruppe) frühzeitig das wirtschaftliche Potenzial von Erneuerbaren Energien erkannt und die Bevölkerung in angemessener Weise sensibilisiert. Die Einrichtung einer Energiemanagement-Agentur auf Basis des IEE-Programms ist in Deutschland bislang einmalig und sicherlich nachahmenswert.

- **Kontakt**

<p>REGION AKTIV WENDLAND / ELBETAL e.V. Regionalbüro Angelika Straub Am Rott 1 29439 Grabow Tel 05864 - 9864-20 Fax 05864 - 9864-19</p> <p>www.wendland-elbetal.de</p> <p>Regionalmanagement Niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG) Michael Wedler Wedekindstraße 18 21337 Lüneburg Tel 04131 - 9503-0 mwedler@lueneburg.nlg.de</p> <p>http://www.nlg.de</p>	<p>Biogastankstelle Jameln Raiffeisen Warengenossenschaft Jameln eG Hans-Volker Marklewitz Bahnhofstraße 37 29479 Jameln Telefon 0 58 64 - 9880-0 marklewitz@biogastankstelle.de</p> <p>www.biogastankstelle.de</p> <p>EnergieManagementAgentur - EMMA Geschäftsführer Dr. Hans Christian Lange Querdeich 1 29451 Dannenberg Tel.: 0 58 61 - 989 250 Fax: 0 58 61 - 989 259 info@emma-ev.de</p> <p>www.emma-ev.de</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

²² Mündliche Mitteilung des Region Aktiv Regionalmanagement NLG.

5.5 Großgemeinde Wettenberg

• Hintergrund

Die Großgemeinde Wettenberg liegt im Landkreis Gießen (www.wettenberg.de). Die Gemeinde engagiert sich seit Anfang der 1990er Jahre verstärkt in den Bereichen Umweltschutz, Klima- und Energiepolitik. So wurde bereits 1990 ein kommunales Energiemanagement eingeführt.

Wettenberg hat an allen Wettbewerben der DUH („Zukunftsfähige Kommune 2004; Energiesparkommune 2005; Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2006) in der Teilnehmerklasse unter 20.000 Einwohnern den ersten Platz erreichen (vgl. www.duh.de)²³

• Handlungsfelder

Die Aktivitäten der Gemeinde Wettenberg bestechen durch umfassende Maßnahmen in vielen Handlungsfeldern der Klimapolitik:

- Energie: Einführung eines kommunalen Energiemanagements seit 1990, Absenkung des kommunalen Energieverbrauchs, energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden und der Straßenbeleuchtung;
- Siedlung/Gewerbeflächen: ökologische Planung und Umsetzung eines Gewerbeparks (u.a. mit Nahwärmeversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung);
- Verkehr/Mobilität: Reduzierung des Individualverkehrs durch neue Kooperationen zwischen verschiedenen öffentlichen und privaten Anbietern, Einführung einer gemeindeinternen Buslinie;
- Abfall: erfolgreiche Durchführung eines Modellprojekts zur Entwicklung eines neuen Abfallgebührensystems, das vom Landkreis 2006 übernommen wurde;
- Beschaffungswesen;
- Beratung, Schulung: zur Energieeinsparung der Bürger, die Gemeinde übernimmt im Rahmen eines eigenen Programms „Vor-Ort-Beratung“ 60 % der Beratungskosten;
- Öffentlichkeitsarbeit: kommunaler Energiebericht, Veranstaltungen, Veröffentlichung von Informationen zum Thema Energie im Amtsblatt und auf den Internetseiten der Gemeinde;
- Einbindung/Beteiligung der BürgerInnen durch einen Energiebeirat (ab 2000).

Hervorzuheben aus den Handlungsfeldern und Maßnahmen ist der **Wettenberger Energiebeirat**, der eine besondere Form der Bürgerbeteiligung darstellt. Der Energiebeirat ist im Jahr 2000 aus dem Lokale Agenda 21-Prozess entstanden. Er setzt sich aus Architekten, einem Schornsteinfegermeister, fachkundigen BürgerInnen sowie aus Vertretern von Energieversorgungsunternehmen, Planungs- und Ingenieurbüros, des örtlichen Elektro- und Heizungshandwerkes und der Kommune zusammen. Der Energiebeirat konzentriert sich auf die Themen „Energieeinsparung“ und „Energieanwendung“. Er bietet Vor-Ort-Beratungen für Alt- und Neubauten an und verleiht Messgeräte. Daneben beteiligt er sich an kommunalen Veranstaltungen, er prüft den kommunalen Energiebericht und schlägt Maßnahmen zur Energieeinsparung in der Gemeinde vor. Der Energiebeirat arbeitet eng mit der Klimaschutz- und Energieagentur Mittelhessen (KEM) zusammen.

Zusammengefasst decken die Maßnahmen der Gemeinde schon etliche Bereiche einer umfassenden und integrierten Klimapolitik ab. Einen Schwerpunkt bildet die Energiepolitik, die sich vorrangig Maßnahme zum Klimaschutz enthält.

²³ m Gesamtranking der DUH-Wettbewerben: Zukunftsfähige Kommune (sechs von 76 Teilnehmern 2003/2004), Energiekommune (Platz 17 von 77), Bundeshauptstadt Klimaschutz (Platz 11 von 76).

- **Bewertung des Wettenberg als ein Beispiel guter Praxis**

Die Großgemeinde zeigt auf, dass auch in einem kleinräumigen Maßstab (durchaus mit regionalen Bezügen bei Verkehr, Abfall, Beratung) eine integriert angelegte Klimapolitik umsetzbar ist. Hervorzuheben als gutes Beispiel ist die Vielfalt der gewählten Handlungsfelder und Maßnahmen, sowie die vorbildliche Beteiligung der BürgerInnen im Rahmen des Energiebeirates. In Wettenberg konnte eine gelungene Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erreicht werden, indem sich der top-down- mit dem bottom-up-Ansatz ergänzt.

Die Gemeinde Wettenberg hat viel Potenzial, um die verschiedenen Ansätze im Sinne einer umfassenderen Klimapolitik weiterzuentwickeln, die auch ein Management von Klimafolgen beinhaltet. Hierzu liegen bislang jedoch noch keine Aktivitäten vor.

- **Übertragbarkeit**

Die verschiedenen Handlungsansätze der Kommune Wettenberg lassen sich insbesondere im ländlichen Raum, sowohl von einzelnen Kommunen als auch von regionalen Zusammenschlüssen umsetzen. Übertragbar und vorbildlich erscheinen für Einzelkommunen die skizzierten Maßnahmen des Energiemanagements, der Beratung oder auch der energetischen Sanierung. Von besonderer Relevanz ist auch die Umsetzung eines Beirates aus Vertretern von Wirtschaft, Organisationen und Bürgerinnen.

- **Kontakt**

<p>Gemeinde Wettenberg Umweltbeauftragter Michael Krick Sorguesplatz 2 35435 Wettenberg</p> <p>Tel.: 0641 / 804 - 54 Fax: 0641 / 804 - 65 E- Mail: Umweltbeauftragter@Wettenberg.de</p> <p>www.wettenberg.de</p>	
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

5.6 Exkurs – Regionales Bürgerbeteiligungsmodell: solarcomplex Erneuerbare Energien am Bodensee

• Hintergrund

Mit solarcomplex wird ein good-practice – Modell vorgestellt, das sich von den anderen bislang vorgestellten Ansätzen in verschiedener Hinsicht unterscheidet. Hinter der Formel „solarcomplex“ stand bis Ende 2006 eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die sich als Bürgerunternehmen definiert und mit verschiedenen Tochterunternehmen mittlerweile über 500 Mitglieder zählt (www.solarcomplex.de). Hierzu gehören sowohl natürliche, als auch juristische Personen. Zum 01.01.2007 hat sich solarcomplex in eine AG umgewandelt.

Begonnen haben die Aktivitäten im Jahr 2000 mit 20 Gesellschaftern im Landkreis Konstanz am Bodensee. Jedoch wurde von Beginn an die Absicht deutlich, dass der Ansatz eines Bürgerbeteiligungsmodells, d.h. die Umsetzung bürgerfinanzierter Erneuerbarer Energien-Anlagen für andere Regionen Vorbildcharakter haben soll. Perspektivisch stand das Ziel einer Energiewende bis 2030 in Richtung einer 100%-Versorgung mit Erneuerbaren Energien im Vordergrund. Hinsichtlich der Motivation ist ebenfalls erkennbar, dass die Verantwortlichen bei solarcomplex den Verbrauchern Alternativen zu einer Versorgung mit Strom aus Kernenergie bereitstellen wollen. Solarcomplex unterstützt beispielsweise die Initiative KLAR! „Klein Leben mit atomaren Risiken e.V.“ (www.klargegenatom.de).

Solarcomplex hat 2004 von der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien den Deutschen Solarpreis erhalten und zwei Jahre später den Anerkennungspreis für Klimaschutz des Landes Baden-Württemberg.

• Handlungsfelder

Die Handlungsstrategien von solarcomplex sind nicht auf die Nutzung der Sonnenenergie beschränkt, sondern setzen auf einen Mix an Erneuerbaren Energien und ein hohes Maß verschiedener Aktivitäten. Das Konzept basiert auf kleinen räumlichen Einheiten, wie beispielsweise dem im Jahr 2006 als Großprojekt ins Leben berufenen Bioenergiedorf Mauenheim, das erstens dieser Art in Baden-Württemberg realisiert wurde. In Mauenheim wird sowohl die Wärmeversorgung für rund 400 Einwohner durch Erneuerbare Energien abgedeckt, als auch Strom über den Bedarf hinaus produziert. Verbunden werden die einzelnen Einheiten mit einem rund acht Kilometer langen Netzwerk, an das Ende 2006 insgesamt 67 von 100 Haushalten angeschlossen waren.²⁴ Hieran lässt sich bereits eine breite Zustimmung der Haushalte ablesen. Hinzu kommen Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft, wie etwa dem Getränkehersteller Randegger Ottilien Quelle, der das Nahwärmenetz zur Reinigung von Flaschen nutzt. In Mauenheim wird ein Hackschnitzelkessel in Verbindung mit einer groß dimensionierten Biogasanlage (250 KW) und einer Fotovoltaikanlage eingesetzt.

Mit dem Produkt des „*Solkraftwerkes mit einer Leistung von sechs Kilowatt*“ will solarcomplex einerseits Eigentümer von Häusern mit größeren Dachflächen (ab 150 m²) die Möglichkeit eröffnen Nutzungsverträge abzuschließen, andererseits Unternehmen und Bürger als Investoren gewinnen. Die Anlagen werden in Form eines Gesamtpaketes angeboten, so dass solarcomplex sowohl Planung, als auch Bau und Wartung der Solarkraftwerke sicherstellt. Hierbei achtet das Unternehmen darauf, dass Hersteller und Handwerker aus der Region von dem Konzept profitieren und trägt so zu einer Stärkung der regionalen Wirtschaft bei. Bewährt hat sich dabei auch insbesondere, dass man eine Kooperation mit regionalen Banken eingegangen hat, die neben zinsgünstigen Darlehen ein Zeichen für die Seriosität des Produktes setzte. Auch werden mögliche Risiken durch entsprechenden Versicherungsschutz minimiert. Die Wirtschaftlichkeit der Anlagen wird zudem durch Regelungen im Erneuerbare Energien Gesetz sichergestellt, die eine Vergütung des eingespeisten Stroms für 20 Kalenderjahre vorsieht.

Solarcomplex selbst betreibt rund 700 kW Photovoltaik (PV) Dachanlagen an über 30 Standorten. Im Herbst 2007 dürften in der Bodenseeregion Solarkraftwerke mit einem Jahresstromertrag von mehr als 6,3 Megawatt (MW) in Betrieb sein (PV-Dachanlagen: 3 MW und Freilandanlagen 3,3 MW).

²⁴ vgl. www.solarportal24.de/nachrichten_7063_wertschoepfung_und_arbeitsplatzsicherung_in_der_region.html

- **Bewertung als ein Beispiel guter Praxis**

Mit dem Konzept wurde ein hohes Aktivitätsniveau im Bereich Erneuerbare Energie erreicht. Durch das Prinzip der Bürgerbeteiligung befinden sich die Anlagen in privatem Besitz. Ebenfalls konnte durch die Einbeziehung der regionalen Banken ein weiterer Weg der regionalen Kapitalmobilisierung gefunden werden.

Eine Verankerung der Bürgerbeteiligungsmodelle in eine lokal-regionale Gesamtstrategie zur Klimapolitik ist von der spezifischen Ausgangslage vor Ort abhängig. So hat z.B. der Kreistag des Landkreises Konstanz bereits 2003 eine Energiewende in Richtung Erneuerbare Energien bis 2030 als politisches Handlungsziel beschlossen. Allerdings ist eine Integration der solarcomplex-Aktivitäten in die bereits bestehendes klimapolitisches Gesamtkonzept noch nicht erkennbar. Vielmehr liefert solarcomplex ein gelungenes Beispiel für einen bottom-up-Ansatz, indem sich Einwohner bewusst für den Bezug und die Erzeugung von Erneuerbaren Energien entscheiden. Dabei tragen die ergriffenen Maßnahmen zum Klimaschutz bei.

Zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung hat ebenfalls die Bildung eines akteursübergreifenden Netzwerkes beigetragen, in das die Bürger in der Region genauso involviert sind, wie auch regionale Unternehmen, Banken und Handwerksbetriebe. Hervorzuheben ist weiterhin der innovative Charakter, der dem Angebot der 6KW-Anlage zugeschrieben werden kann.

- **Übertragbarkeit**

Übertragbar auf andere Regionen erscheint der Weg der Kapitalmobilisierung, der als eine Strategie für Initiativen im Bereich Erneuerbare Energien in jeder Situation geeignet ist (vgl. Tischer et al., 2006). Auf diesem Weg konnte die finanzielle Last auf viele Schultern verteilt werden. Mit der Beschränkung der Aktivitäten auf einen regionalen Wirkungskreis standen von Anfang an Überschaubarkeit und Machbarkeit im Mittelpunkt. Aber auch der gewünschte Vorbildcharakter für den ländlichen Raum konnte verdeutlicht werden. Es wurden bereits Kooperationen mit weiteren Partnern, wie beispielsweise der Firma „Energie-vor-Ort“ geschlossen, die das solarcomplex-Konzept auf die Gemeinde Rutesheim in Baden-Württemberg übertragen will.²⁵ Mit der Konstruktion „Bürgerunternehmen“ wurde ferner die Identifikation der Einwohner mit dem Projekt und der Region gestärkt und ebenso ein Beitrag zur regionalen Wertschöpfung erbracht.

- **Kontakt**

solarcomplex AG
Bene Müller
Ekkehardstr. 10
78224 Singen
Tel.: 07731 – 8274 – 0 (11)
Fax: 07731 -8274-29
mueller@solarcomplex.de

www.solarcomplex.de

²⁵ vgl. www.evo-gbr.de/Energie_vor_Ort/Presse.doc

6 Literatur

- Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg Handwerkskammer Hamburg / ZEWU (2007): Klimaschutzprogramm „Hamburger Energiepass“. Förderungsgrundsätze vom 01.01.2007. Hamburg.
- BBR - Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2000): Handbuch „Gute Beispiele einer nachhaltigen regionalen Raum- und Siedlungsentwicklung“. In: Schriftenreihe Werkstatt: Praxis Nr. 1/2000. (Bräuer, R.; Höher, C.; Lucas, R.; Molitor, R.; Nischwitz, G.; Stevens, G. E. und S. Wittek)
- BMELV (Hrsg.) (2007): Vom Acker in den Tank: Biogas als Pkw-Kraftstoff. In: Erfolgsgeschichte regionale Wertschöpfungspartnerschaft. Nr. 1. Bonn.
- Bizer, K.; Führ, M.; Barginda, K. u.a.: Evaluation des 3-Städte-Klimaschutzprojekts Viernheim, Lampertheim und Lorsch. Abschlussbericht. Fachhochschule Darmstadt. sofia Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (Hrsg.); Eidgenössische Technische Hochschule (ETH), Zürich (Schweiz) (Hrsg.) Nov. 2003.
- Deutschen Bank Research (2007): Klimawandel und Branchen. Manche mögen's heiß. Frankfurt a.M.
- DSTG- und DUH (2006): Intelligenter Energieeinsatz in Städten und Gemeinden – Klimaschutz und Kostensenkung: Gute Beispiele aus dem Wettbewerb „Energiesparkommune“. DStGB DOKUMENTATION NO 55.Berlin
- DSTG - Deutscher Städte- und Gemeindebund (2007): Klimaschutz – Kommunale Zukunftsaufgabe. Berlin
- Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutsche Umwelthilfe (2007): Städte und Gemeinden aktiv für den Klimaschutz Gute Beispiele aus dem Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“. Berlin.
- DIFU (2005): Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit. Teil 1. Expertise: Kommunale Praxis. Berlin.
- DIFU (2007): Machbarkeitsstudie: Regionale Luftreinhaltung. Berlin.
- Fischer, Annett und Carlo Kallen (Hrsg.) (1997): *Klimaschutz in Kommunen*. Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimakonzepte. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik. Difu-Reihe "Umweltberatung für Kommunen".
- Freie und Hansestadt Hamburg (2007a): Hamburger Klimaschutzkonzept 2007 – 2012. Klimaentwicklung verstehen, Klimawandel mildern, Klimafolgen bewältigen. Hamburg
http://fhh1.hamburg.de/070821_klimaschutz-2007-2012.pdf
- Freie und Hansestadt Hamburg (2007b): Klimaschutz Hamburg 2007 bis 2012 - Klimaentwicklung verstehen, Klimawandel mindern, Klimafolgen bewältigen. Anlage 1
http://www.klima.hamburg.de/fileadmin/user_upload/klimaschutz/Dateien/klimaschutzkonzeptanlage1.pdf
- Freie und Hansestadt Hamburg (2007c):Klimaschutz Hamburg 2007 bis 2012 - Klimaentwicklung verstehen, Klimawandel mindern, Klimafolgen bewältigen. Anlage 2.
http://www.klima.hamburg.de/fileadmin/user_upload/klimaschutz/Dateien/klimaschutzkonzeptanlage2.pdf
- Freie und Hansestadt Hamburg (2007d): Klimaschutz. Hamburg fördert! Modernisieren, Erneuern, Entwickeln. Hamburg.
<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemeldungen/2007/september/14/klimaschutz-hamburg-foerdert,property=source.pdf>
- GFL, BTE, IAW (2007): Regionales Entwicklungskonzept Wesermünde-Nord. Frischer Wind für gute Ideen von der Küste bis zur Geest. Langen/Bremen. (unveröffentlicht)
- IKM - Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland (Hg.) (2006): Europäische Metropolregionen in Deutschland. Ansätze – Akteure – Aktivitäten. Stuttgart.
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2007a): 2007: Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2007: Wissenschaftliche Grundlagen. Beitrag der Arbeitsgruppe I zum Vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung (IPCC), Solomon, S., D. Qin, M. Manning, Z. Chen, M. Marquis, K.B. Averyt, M.Tignor und H.L. Miller,

Eds., Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom und New York, NY, USA. Deutsche Übersetzung durch ProClim-, österreichisches Umweltbundesamt, deutsche IPCC-Koordinationsstelle, Bern/Wien/Berlin, 2007. <http://www.de-ipcc.de/download/IPCC2007-WG1.pdf>

IPCC (2007b) Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2007: Auswirkungen, Anpassung, Verwundbarkeiten. Beitrag der Arbeitsgruppe II zum Vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung (IPCC), M.L. Parry, O.F. Canziani, J.P. Palutikof, C.E. Hanson and P.J. van der Linden, Eds., Cambridge University Press, Cambridge, UK. Deutsche Übersetzung durch ProClim-, österreichisches Umweltbundesamt, deutsche IPCC-Koordinationsstelle, Bern/Wien/Berlin, 2007. <http://www.de-ipcc.de/download/IPCC2007-WG2.pdf>

IPCC (2007c): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2007: Verminderung des Klimawandels. Beitrag der Arbeitsgruppe III zum Vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung (IPCC), B. Metz, O.R. Davidson, P.R. Bosch, R. Dave, L.A. Meyer, Eds., Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom und New York, USA. Deutsche Übersetzung durch ProClim-, österreichisches Umweltbundesamt, deutsche IPCC-Koordinationsstelle, Bern/Wien/Berlin, 2007. <http://www.de-ipcc.de/download/IPCC2007-WG3.pdf>

IW- Institut der deutschen Wirtschaft, Köln (2007): Forschung und Praxis für Klimaschutz und Anpassung. Köln.

Klima-Bündnis (2000): Öffentlichkeitsarbeit für den Klimaschutz in der Kommune. Frankfurt a.M.

Klima-Bündnis (2006): Städte im Wandel. Klimaschutz als Herausforderung und Chance für Kommunen. Frankfurt a.M.

Kress, Andreas (2007): Maßnahmen zur Anpassung & Vermeidung, ein integrierter Ansatz. http://www.amica-climate.net/fileadmin/amica/inhalte/dokumente/AMICA_UBA_Vortrag_final_dt.pdf.

Landeshauptstadt Hannover und Stadtwerke Hannover AG (2007): *Klima-Allianz Hannover 2020*. Arbeitsplan zur Erarbeitung eines Kommunalen Klimaschutzprogramms 2008 bis 2020 für die Landeshauptstadt Hannover. Klimaschutzprogramm Hannover http://www.hannover.de/data/download/lhh/umw_bau/energie/Arbeitsprogramm_Klimaschutz.pdf

MVV Energie AG (2007): Klimaschutz-Atlas – Klimaschutzprojekte der Metropolregion Rhein-Neckar“. Mannheim.

Nischwitz (2007): Konzeptpapier „Nachhaltige Energieregion Wesermünde-Nord“. August 2007. Bremen. (unveröffentlicht).

Nischwitz, Guido/ Bartel, Alexander/ Pollerman, Kim (2007): Rahmenbedingungen einer integrierten Entwicklungspolitik für ländliche Räume. = Bundesamt für Naturschutz, BfN Schriften. Bonn (in Vorbereitung).

NLG - Niedersächsische Landgesellschaft mbH (2006): Abschlussbericht Regionen Aktiv. Das Erreichte aufzeigen – den Steuerungsansatz bewerten. Kurz-Version zu Teil 2: Das Erreichte aufzeigen. Kapitel 1, 2, 6.2 und 6.3. Lüneburg. <http://www.wendland-elbetal.de/download.php?id=92128,279,3>

Region Aktiv Wendland / Elbetal e.V. (2006): Erhebung zum Stand der regenerativen Energien 2006 in der Region Wendland/Elbetal. Grabow.

RGRE- Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Klima-Bündnis und Energie-Cités (2006): Besserer Energieverbrauch. Besserer Klimaschutz. Besserer Mitteleinsatz. Ein Handbuch für lokale und regionale Gebietskörperschaften. Frankfurt a.M.

Stern, N. (2006a): Stern Review on the economics of climate change. Cambridge

Stern, N. (2006b): STERN REVIEW: Der wirtschaftliche Aspekt des Klimawandels. Kurze Zusammenfassung. http://www.hm-treasury.gov.uk/media/A/9/stern_shortsummary_german.pdf

Stern, N. (2006c): STERN REVIEW: Der wirtschaftliche Aspekt des Klimawandels. Zusammenfassung der Schlussfolgerungen. http://www.hm-treasury.gov.uk/media/A/A/stern_longsummary_german.pdf

Timpe, Christof, Bettina Brohmann, Wolfgang Ross und Jan Peter Voß (2002): Strategien für den Kommunalen Klimaschutz vor dem Hintergrund eines liberalisierten Energiemarktes. Forschungsbericht 298 16 341, Öko-Institut Freiburg.

Tischer, Martin; Stöhr, Michael; Lurz, Markus; Karg, Ludwig (2006): Auf dem Weg zur 100% REGION. Handbuch für eine Nachhaltige Energieversorgung von Regionen. München.

UBA (2005): Klimawandel in Deutschland. Vulnerabilität und Anpassungsstrategien klimasensitiver Systeme. Berlin

Verein Regionale Partnerschaft Wendland / Elbetal (2002): Beitrag der Region Wendland / Elbetal zum Wettbewerb Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft des BMVEL. Lüneburg.
<http://www.wendland-elbetal.de/download.php?id=176455,364,3>

WGBU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (2007): Neue Impulse für die Klimapolitik: Chancen der deutschen Doppelpräsidentschaft Nutzen. Politikpapier 5. Berlin

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2005): Kommunaler Klimaschutz in Deutschland — Handlungsoptionen, Entwicklung und Perspektiven. Discussion Paper SPS IV 2005-101. Berlin.

Internet

www.agenda-service.de

www.bbr.bund.de

www.bioregio.info

www.climate-compass.net

www.contra-co2.de

www.difu.de

www.dstgb.de

www.duh.de

www.energie-cites.org/

www.energiesparkkommune.de

www.gute-beispiele.net

www.iclei.org/

www.de-ipcc.de/

www.klimazwei.de

www.klimaschutzkommune.de/

www.leaderplus.de

www.local-climate-protection.eu

www.klimabuendnis.org

www.modellregionen.de

www.reginet.de

www.sternreview.org.uk

www.100re.net/

www.zukunftskommune.de